

Wann beginnt der (Demokratische) Frieden?

Regimewechsel, Instabilitäten, Integration und deren Einfluss auf den Konflikt zwischen Ecuador und Peru

Dass Demokratien keine Kriege gegeneinander führen, gilt weitgehend als Konsens in der Politikwissenschaft. Wann friedliches Verhalten zwischen Demokratien beginnt und wie sich das Konfliktverhalten von Staatendyaden im Durchlauf verschiedener Regimekonstellationen verändert, ist dagegen kaum erforscht. Die Staatendyade Ecuador-Peru ist eine enduring rivalry mit jahrzehntelangem Grenzkonflikt, deren Konfliktverhalten anhand unterschiedlicher Regimekonstellationen nachvollzogen wird. So wird deutlich, dass die klassischen Theorien des Demokratischen Friedens Defizite haben, den Beginn friedlicher Interaktion zu erklären. Doch auch zwei erweiternde Ansätze können den untersuchten Fall nicht vollständig erklären: Hasenclever (2002) verbindet in einem Konzept zu interdemokratischen Institutionen eine besondere Friedlichkeit mit der Verregelung der Beziehungen zweier Staaten nach der Demokratisierung. Aus Beiträgen Mansfields und Snyders zu Demokratisierungen und Konflikt (1995, 2004) wird dagegen eine Variable Institutionenstabilität abgeleitet. Sie erwarten friedliches Verhalten in Phasen institutioneller Stabilität. Eine viel versprechende Weiterentwicklung der Theorie – abseits von Attributen demokratischer Regime – könnte jedoch die Untersuchung des Einstellungswandels in beiden Gesellschaften und in der Region bieten.

1. Regimewechsel und der Beginn des Demokratischen Friedens¹

Dass Demokratien (fast) keine Kriege gegeneinander führen, ist seit den neunziger Jahren in der politikwissenschaftlichen Literatur weitgehend Konsens.² Nach einem Boom in der Theoriebildung zum Demokratischen Frieden scheint inzwischen bei der Suche einer umfassenden Erklärung des Phänomens Ernüchterung eingetreten zu sein. Doch noch immer ist das Rätsel, wie Demokratie und Frieden zusammenhängen, nicht befriedigend gelöst. In der Literatur dominieren weiterhin Ansätze, die den Demokratischen Frieden vorrangig mit Attributen demokratischer Regierungssysteme erklären wollen. Entwickelt werden diese Ansätze meist an westlichen, konsolidierten Demokratien und greifen daher nicht immer bei Demokratien in anderen Regionen

1 Mein Dank für hilfreiche Kommentare zu unterschiedlichen Stadien dieser Arbeit gilt insbesondere Sven Chojnacki, Klaus Dieter Wolf, den TeilnehmerInnen der Nachwuchstagung der Sektion Internationale Beziehungen der DVPW im April 2008, der ZIB-Redaktion sowie ihren anonymen GutachterInnen.

2 Eine Übersicht der quantitativen Studien zu dieser Erkenntnis und der kritischen Angriffe auf diese findet sich bei Ray (1998). Zur Kritik auch Barkawi/Laffey (2001).

(vgl. Goldsmith 2006). Nicht-westliche Demokratien³ werden jedoch in der Mehrzahl quantitativer Studien in der Kategorie der Demokratien verortet⁴ und bestätigen den Befund des Demokratischen Friedens.

Deutlich werden diese Defizite der klassischen Erklärungsansätze, wenn untersucht wird, wann eine besondere Friedlichkeit, abseits einer reinen Abwesenheit von Krieg, zwischen Demokratien beginnt bzw. wie sich das Konfliktverhalten von Staatendyaden im Durchlauf verschiedener Regimekonstellationen verändert. Klassische Theorien, ob institutionalistisch, utilitaristisch oder konstruktivistisch, erwarten kooperativeres Verhalten nach der Demokratisierung. Alternative Erklärungen weisen jedoch auf andere Konfliktverläufe hin. Der Prozess der Demokratisierung wird beispielsweise als äußerst instabiler Prozess gesehen, der auch außenpolitisch konfliktive Auswirkungen haben kann (Mansfield/Snyder 1995, 2002 a, 2002 b, 2004). Andreas Hasenclever (2002)⁵ leitet in einem dyadischen Konzept zu interdemokratischen Institutionen die besondere Friedlichkeit aus einer breiten Verregelung der Beziehungen zweier Staaten nach der Demokratisierung ab. Friedlichere Interaktion wird in diesem Fall erst nach der Institutionalisierung interdemokratischer Beziehungen mit einem Nachbarland erwartet. Diese beiden möglichen Erweiterungen der klassischen Theorien des Demokratischen Friedens sind jedoch eher institutionalistisch geprägt. Offen bleibt, ob diese Ansätze ausreichen, um das Konfliktverhalten zwischen zwei Staaten zu erklären.

Grundlage für die Diskussion der Kausalzusammenhänge ist ein vertikaler Fallvergleich vierer Regimekonstellationen der Dyade Ecuador und Peru seit ihrer Demokratisierung Ende der siebziger Jahre; einer *enduring rivalry*,⁶ die auf einen jahrzehntelangen Grenzkonflikt zurückgeht. Die Beziehungen zeichneten sich, entgegen klassischer Theorien zum Demokratischen Frieden, auch nach einer gemeinsamen Demokratisierung zu Beginn der achtziger Jahre durch starke Konfliktivität aus, 1995 eskalierte die Rivalität während einer gemischten Dyade sogar zu einem kurzen Krieg.

Die Diskussion der klassischen Theorien zum Demokratischen Frieden deutet auf eine Theorielücke hin. Die empirische Analyse des Falls Ecuador-Peru soll helfen, die Art dieser Lücke zu identifizieren und überprüft Wege der Schließung. Ein Vorteil dieses vertikalen Fallvergleichs ist es, dass vermieden wird, demokratische (meist westliche) Dyaden, mit nicht-demokratischen (meist nicht-westlichen) Dyaden zu vergleichen. Vorschnelle Schlüsse über bestimmte normative oder institutionelle Eigenheiten von Demokratien gegenüber Nicht-Demokratien werden so vermieden.

Der Dissens um die Reichweite der These des Demokratischen Friedens soll in einem ersten Schritt dargestellt werden, um daraus Ableitungen für eine Analyse des Konfliktverhaltens ziehen zu können (2). Daraufhin werden die klassischen Theorien

3 Oft mit leichten »Defekten« nach Merkel et al. (2003).

4 Grundlage der meisten quantitativen Studien zum Demokratischen Frieden sind die Datensätze *Correlates of War* (COW) und *Polity*. An Erhebungskategorien und Validität beider Datensätze wird immer wieder Kritik geübt (u. a. Barkawi/Laffey 2001: 9-13; Lauth 2004: 274-279).

5 Dazu auch Dembinski et al. (2004) und Hasenclever/Weiffen (2006).

6 Zum Konzept siehe Goertz/Diehl (1993); Thompson (2001).

zum Demokratischen Frieden und ihre Voraussagen zu Regimewechseln vorgestellt (3) sowie mögliche Erweiterungen durch Ansätze zu interdemokratischen Institutionen (4) und zum Konfliktpotenzial von Demokratisierungen (5) diskutiert. Die Voraussagen der Theorieansätze werden anhand der Konfliktentwicklung der Dyade Ecuador-Peru (6) überprüft, ihre Probleme herausgestellt (7) und mögliche theoretische Neuorientierungen diskutiert (8).

2. Ein qualitativer Blick auf die Reichweite des Demokratischen Friedens

Der breite Konsens zum Befund des Demokratischen Friedens hat bis jetzt nicht zu einer Einigung bezüglich der Reichweite der »Friedlichkeit« von Demokratien geführt. In der Literatur herrscht über den Begriff »less conflict-prone« leichte Verwirrung. Offen bleibt, ob nur Kriege oder ebenfalls politische Krisen, militärische Zwischenfälle oder das Niveau der verwendeten Gewalt gemeint sind (Ray 2000: 302). Etwas Klarheit bringt eine Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse zu dieser Frage:

Demokratien führen (fast)⁷ keine Kriege gegeneinander. Diese Erkenntnis bestätigt sich für den Zeitraum ab dem frühen 19. Jahrhundert (Thompson/Tucker 1997). Als signifikant erweist sich das Ergebnis ebenfalls für Datensätze mit eher minimalistischen Demokratiedefinitionen (Russett/Oneal 2001: 48). Demokratien neigen zudem untereinander zum Aufbau sogenannter Sicherheitsgemeinschaften (Risse-Kappen 1995: 492). Demokratien führen jedoch Kriege gegen Nicht-Demokratien. In Studien zu Beginn der neunziger Jahre galt die Konfliktwahrscheinlichkeit zwischen Demokratien und Nicht-Demokratien als ähnlich hoch wie zwischen Nicht-Demokratien. Demokratien führten und führen extrastaatliche Kriege⁸ oder sind in sogenannte »covert actions« (Levy 2002: 359) verwickelt. Heute überwiegen militärische Interventionen von Demokratien, insbesondere im Namen der Menschenrechte (Chojnacki 2006).

Der Demokratische Frieden wird darum als dyadisches Phänomen beschrieben. Eine etwas geringere Konfliktivität konstatieren einige quantitative Studien auch für gemischte Dyaden. Dies spricht für eine mögliche (geringe) monadische Komponente des Demokratischen Friedens (vgl. Russett/Oneal 2001: 49 f; MacMillan 2003). Zudem ist die Zahl der Kriege, die Demokratien mit Nicht-Demokratien führen, sehr ungleich verteilt. Während einige Demokratien sehr viele Kriege führen, sind andere kaum an Kriegen beteiligt (Müller 2004). Demokratie ist außerdem keine notwendige Variable für Frieden im Sinne einer Abwesenheit von Krieg. Geographische Distanz,

7 Verfechter der These, dass Demokratien keine Kriege gegen Demokratien führen: u. a. Ray (1993); Verfechter der Wahrscheinlichkeitstheorie (fast keine Kriege): u. a. Russett/Oneal (2001: 43 f). Mehrere Fälle gelten als umstritten bzw. als abweichende Fälle in der Theorie des Demokratischen Friedens (siehe Ray 1998: 31).

8 Zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren, jedoch über Staatsgrenzen hinweg, bspw. Dekolonialisierungskriege.

Allianzen, Machtverhältnisse usw. haben zusätzlichen Einfluss auf das Konfliktverhalten zwischen Staatendyaden (Russett/Oneal 2001: 48 f).

Doch auch unterhalb der Grenze der Kriegsvermeidung scheinen Demokratien besonders erfolgreich zu sein. Militärische Konflikte oder Zwischenfälle treten zwischen ihnen seltener auf (Oneal/Russett 1997; Rousseau 2005). Demokratien scheinen zudem die endgültige Eskalation zum Krieg besser abwenden und vorherige Schritte in der Eskalationsschleife besser vermeiden zu können (Bremer 1993). Demokratien beginnen seltener Konflikte miteinander, lösen sie eher friedlich und dies auch noch schneller als andere Regimeformen. Zusätzlich übergeben sie zwischenstaatliche Konflikte eher internationaler Mediation und Schlichtung (Russett/Oneal 2001: 64 f).

Die Forschung über die Reichweite des Demokratischen Frieden weist also darauf hin, dass eine Betrachtung der Dichotomie Krieg/Nicht-Krieg nur einen begrenzten Blick auf das untersuchte Phänomen zulässt. Die Friedlichkeit zwischen Demokratien übersteigt offensichtlich den reinen Abschreckungsfrieden, auch wenn sich in der klassischen quantitativen Forschung diese Friedlichkeit meist nur als »Abwesenheit« von Krieg oder militärischem Konflikt operationalisieren lässt (Frieden als *non-event*, Levy 1998: 141). Auch zeigt der folgende Theorieüberblick, dass insbesondere in der institutionalistischen und in der konstruktivistischen Variante der Theorien zum Demokratischen Frieden sowie im Ansatz zur interdemokratischen Integration von einem »Mehr« an Friedlichkeit ausgegangen wird (dazu auch Kacowicz/Bar-Siman-Tov 2000: 15-16).

Der Friedensbegriff in dieser Arbeit folgt darum Thorsten Bonacker und Peter Imbusch, die Frieden »als einen Transformationsprozess hin zu ziviler, d. h. nicht gewaltsamer Konfliktaustragung« verstehen (2005: 135). Frieden ist in diesem Sinne eine Form von zwischenstaatlicher Beziehung, die gelernt und an der gearbeitet werden muss (Vazquez 2000: 283). Anschlusspunkte bietet auch das Konzept eines »stabilen Friedens« (zentral Boulding 1978; vgl. Kacowicz/Bar-Siman-Tov 2000: 17 f), in dem Autoren wie Kenneth Boulding (1978) oder Alexander George (2000) Abstufungen zwischen Frieden und Krieg beschreiben (vgl. Kacowicz/Bar-Siman-Tov 2000: 18-23). Die Idee eines Kontinuums zwischen gewaltsamem Konflikt und Kooperation lässt einen qualitativen Blick auf die Interaktion zweier Staaten zu. Zudem trifft die Friedensdefinition: ein »stabiler Frieden« besteht, wenn Akteure in beiden Staaten auch bei Interessenkonflikten gewaltsame Mittel der Außenpolitik nicht in Betracht ziehen (Boulding 1978: 13).

Übersetzt wird dies hier in ein Kontinuum zwischen besonders kooperativer und besonders konfliktiver (im Sinne von gewaltsamer) Interaktion zweier Staaten. Die Begriffe konfliktiv und kooperativ spiegeln also die Gegenpole bei der Wahl von Konfliktlösungsinstrumenten in den Beziehungen zweier Staaten wider, wobei »konfliktiv« die Wahl aggressiver Formen der Auseinandersetzung beschreibt, während »kooperativ« die Wahl solcher Formen ausschließt. Hierzu wurde andernorts eine qualitative Skala entworfen, die zwischen aktiv konfliktiver (militärischer Konflikt, Krieg), verbal konfliktiver (bedrohen, warnen), verbal kooperativer (diplomatischer

Austausch) und aktiv kooperativer Interaktion (aktive Zusammenarbeit) unterscheidet (Zimmermann 2007).

3. Klassische Theorieschulen

Die drei klassischen Theorien zum Demokratischen Frieden⁹ machen zwar ähnliche Voraussagen über das Konfliktverhalten von Dyaden – sie erwarten besonders kooperatives Verhalten zwischen Demokratien – erklären dieses jedoch unterschiedlich. Die Frage nach dem Beginn kooperativer Interaktion wird aber bei den wenigsten Autoren explizit gestellt. Aus den jeweils angebotenen erklärenden Faktoren sollen darum hier Annahmen über den Beginn eines solchen Friedens abgeleitet werden.

3.1. Institutionalistische Variante

Als Erklärung für den Demokratischen Frieden gelten zunächst *institutionelle* Faktoren, so z. B. die internen institutionellen Schranken und die besondere Transparenz der Politik in Demokratien. Hiernach führten demokratische Institutionen zur besseren Einhegung und Kontrolle von Kriegsplänen einzelner Gruppen. Gleichzeitig seien andere Staaten durch transparente Medien besser über das Verhalten der Demokratie informiert. Auf diese Weise könne die Eskalation von Konflikten, beispielsweise durch geheime Rüstungspolitik, vermieden werden. Zudem sei in Demokratien ein komplexer Mobilisierungsprozess vonnöten, bevor ein militärischer Angriff überhaupt beginnen könne. Dies lasse Zeit für Verhandlungen und schlosse Überraschungsangriffe aus (vgl. Müller/Wolff 2006: 49-52; Russett 1993: 38-40). Diese Erklärungen sagen insgesamt ein friedlicheres Verhalten von Demokratien auf monadischer Ebene voraus.

Darüber hinaus geht dieser Ansatz davon aus, dass die genannten Aspekte zwischen Demokratien besonders deeskalierend wirkten. Die »capability to enter reliable contracts which stabilize the mutual relationships« (Müller/Wolff 2006: 53), seien es Rüstungskontrollen oder vertrauensbildende Maßnahmen, sei bei Demokratien besonders ausgeprägt. Diese Fähigkeit speise sich aus einer Kontrolle durch die Öffentlichkeit, hohen *audience costs*, vorgegebenem Prozeduren zur Ratifizierung von Verträgen und großer Kontinuität demokratischer Außenpolitik (nach Lipson 2003 bei Müller/Wolff 2006: 53; Russett/Oneal 2001: 59 f).

Der institutionalistischen Argumentation folgend, ist besonders kooperative Interaktion mit dem Entstehen der entsprechenden demokratischen Institutionen (vorrangig Gewaltenteilung, Einsetzen von Kontrollorganen, Pressefreiheit) in beiden Staaten zu erwarten (am Ende der Demokratisierung, aber vor der vollständigen

⁹ Kategorisierungen werden unterschiedlich vorgenommen. Der Text folgt Nielebock (2004). Institutionalistische und spieltheoretische Ansätze sind eher einem rationalistischen Ansatz zuzuordnen.

Konsolidierung, vgl. Rousseau 2005: 273).¹⁰ Für Autokratien, Anokratien¹¹ und Staaten in der Transformation kann ein entsprechender Frieden nicht gelten.

Die stärkste Kritik an diesen Ansätzen zielt auf die Präferenzbasiertheit: Institutionalistische Ansätze gehen davon aus, dass in Demokratien die Akteure in Kontrollorganen eine Präferenz für friedliches Verhalten hätten und eventuelle Kriegstreiber aufhielten (Elman 1997 a: 32; Müller/Wolff 2006: 50-52). Dies wird mit einem rationalistischen Interesse an Frieden begründet, das aber in der Realität demokratischer Öffentlichkeiten nicht zwangsläufig existiert (Levy 2002: 359 f; Ripsman 2007) oder sich durch veränderte Kosten-Nutzen-Kalküle (etwa durch die *Revolution in Military Affairs*) wandeln kann (Müller 2004: 499-501).¹² Ebenfalls kann angeführt werden, dass die Transparenz im Bereich Sicherheit und Rüstung auch bei Demokratien eher gering ist.

3.2. Utilitaristische Variante

Dahingegen gehen *utilitaristische, spieltheoretische Modelle* von Kosten-Nutzen-Abwägungen politischer Führer aus, bei denen die Größe der »Gewinnkoalition« (*winning coalition*) das Konfliktverhalten bestimmt (Bueno de Mesquita et al. 1999; Bueno de Mesquita 2003). Als Gewinnkoalition bezeichnet Bruce Bueno de Mesquita den Teil der Gesellschaft, der über die staatliche Führung entscheidet beziehungsweise für ihre Erhaltung sorgt. Die Gewinnkoalition stimmt in Demokratien relativ weit mit der Gesamtgesellschaft überein, deren Interessen die Regierung durch die Verteilung öffentlicher Güter (darunter auch Frieden und Unversehrtheit) entsprechen muss. Besteht die Gewinnkoalition aus einem sehr kleinen Teil der Gesamtgesellschaft, könne sie bei einem Krieg eventuell private Gewinne erwarten, die eine Entscheidung für Krieg attraktiv machten. Nur in autokratischen Regimen mit kleiner Gewinnkoalition erscheine darum ein Krieg rational und für die Staatsführung in bestimmten Situationen gewinnbringend. In Demokratien müsste die Regierung die Bevölkerung vom Nutzen angesichts der Kosten eines Krieges für die Gesamtgesellschaft überzeugen.

In diesem Modell ist zusätzlich ein dyadisches Argument enthalten: Demokratische Führer eines Staates müssten bei einer Niederlage im Krieg eher eine Absetzung (durch Abwahl oder Ausbleiben der Wiederwahl) befürchten als autokratische Führer

-
- 10 Auch Institutionen brauchen jedoch Zeit zur Konsolidierung. Paktierte Demokratisierungen, bei denen alte und neue Eliten gemeinsam eine Transformation aushandeln, sind ebenfalls konfliktgefährdeter, da sich alte Eliten oft Machtinseln erhalten (Rousseau 2005: 273). Ebenfalls erscheint eine demokratische Öffentlichkeit, in Bezug auf ihre Entstehungszeit, bevor sie Kontrollfunktionen übernehmen kann, anspruchsvoller als bspw. eine gewisse Transparenz der Politikprozesse.
 - 11 Im *Polity*-Datensatz bekommen Staaten mit einer mittleren Wertung zwischen Demokratie und Autokratie die Bezeichnung Anokratie.
 - 12 Auch Institutionen sind aber kondensierte und formalisierte Normen und können über längere Zeitperioden Präferenzen beeinflussen. Kausalpfeile deuten also in beide Richtungen. Der betrachtete Zeithorizont ist hier wohl zentral.

(Bueno de Mesquita 1999; Reiter/Stam 1998: 378). Entsprechend führten Demokratien nur Kriege, die sie wirklich gewinnen können, und wendeten größere Ressourcen für einen Sieg auf (Bueno de Mesquita 1999: 793 f). Bei zwei Demokratien, in denen beide Regierungen einem entsprechenden Druck ausgesetzt wären, würde darum ein Angriff sehr unwahrscheinlich.

Mark Peceny und Christopher Butler (2004) erweitern mit einer quantitativen Studie zum Verhalten von Autokratien diesen Ansatz und stellen fest, dass die Konfliktivität von Autokratien mit der Größe der Gewinnkoalition abnimmt. Sie unterscheiden Einparteiensysteme (relativ große Gewinnkoalition), Militärregime und personalistische Regime (kleinstmögliche Gewinnkoalition). Die Autoren präsentieren also Aussagen über das Verhalten von Autokratien und Demokratien, jedoch keine konkreten Thesen über das Verhalten von Transformationsstaaten oder Anokratien. *Die Zahl derer, denen gegenüber eine Regierung rechenschaftspflichtig ist, nimmt – im logischen Schluss – jedoch in Richtung der Demokratie zu.* Tendenziell sollte die Gewinnkoalition diesem Ansatz gemäß also während des Demokratisierungsprozesses wachsen beziehungsweise im hybriden Zustand zwischen Autokratie und Demokratie größer sein als in einer Autokratie. Die Konfliktwahrscheinlichkeit sollte also abnehmen. Daraus folgt: *je weiter fortgeschritten die Demokratisierung, desto niedriger die Konfliktwahrscheinlichkeit.*

Diese spieltheoretische Interpretation des Demokratischen Friedens wird immer wieder in Frage gestellt. Zum einen sichert auch ein Sieg in kriegesischen Auseinandersetzungen die Wiederwahl eines demokratischen Repräsentanten nicht, zum anderen können auch nicht-demokratische Führer von ihrer Bevölkerung abgesetzt werden. Außerdem bewahren Demokratien nach diesem Modell nur einen Abschreckungsfrieden. Sie verzichten aufgrund unvorteilhafter Machtkonstellationen und rationalistischer Kosten-Nutzen-Kalküle auf Gewalt in den gemeinsamen Beziehungen, eine besonders kooperative Beziehung zweier Staaten jenseits eines negativen Abschreckungsfriedens kann durch diesen Ansatz nicht erklärt werden. Auch finden sich in den außenpolitischen Diskursen der meisten demokratischen Dyaden keine Anzeichen für eine solche rationalistische Handlungslogik (Dembinski/Hasenclever/Wagner 2004: 545 f; Müller/Wolff 2006: 44, 55-58).

3.3. Konstruktivistische Variante

Die letzte Gruppe erklärender Ansätze zum Demokratischen Frieden basiert auf *konstruktivistischen Annahmen*. Normen und Präferenzen innerhalb einer Gesellschaft sind die Grundlage für die Außenpolitik, so die Annahme auf der monadischen Ebene (»Innen-Außen-Analogie«) (vgl. Hasenclever 2002: 85). In konsolidierten Demokratien gilt innergesellschaftlich eine Antigewaltnorm, Konflikte mit Mitmenschen oder mit anderen Gruppen werden gewaltfrei gelöst. Dieses Verhalten friedlicher Konfliktlösung sollte, so die Theorie, auch gegenüber anderen Staaten wirken (Übersicht bei Müller/Wolff 2006: 45 f).

Diese Norm hält Demokratien jedoch nicht davon ab, gegen nicht-demokratische Staaten Kriege zu beginnen. Dies erklären Vertreter dieses Theoriestrangs mit der Befürchtung der Demokratien, dass entsprechende Antigewaltnormen in Autokratien nicht zwingend gälten, also mit einer dyadischen Erklärungskomponente. Demokratien handelten nur im Umgang mit anderen, vom System her ähnlichen Staaten friedlicher.¹³ Gegenüber Autokratien blieben dagegen die Regeln der Realpolitik und ein Sicherheitsdilemma erhalten (vgl. Hasenclever 2002: 85). Thomas Risse-Kappen argumentiert zudem, dass Demokratien eine Form von *in-group* ausbildeten. In ihr entstehe ein besonderer Grad an Vertrauen und Zusammenarbeit, der die Wahrnehmung der Gleichheit noch verstärke (1995). Die Wahrnehmung von Nicht-Demokratien als andersartig und darum gefährlich, beruhend allein auf dem Regime dieser Staaten, werde durch diesen Mechanismus weiter erhöht.¹⁴

Unklar bleibt jedoch, warum gerade der Faktor »politisches Regime« ausschlaggebend für das Bilden einer *in-group* sein soll und nicht andere Attribute der Staaten (Religion, ethnische Zusammensetzung etc.) (Hasenclever 2002: 86 f).¹⁵ Zudem finden sich historische Beispiele, in denen das Vertrauensverhältnis zwischen Demokratie und Nicht-Demokratie trotz unterschiedlicher politischer Systeme sehr eng war (Elman 1997 b: 494 f). Weiterhin folgen Kriege demokratischer Staaten gegen Nicht-Demokratien nur selten der Logik eines Sicherheitsdilemmas. Militärschläge von Demokratien sind meist sorgsam vorbereitet und gehorchen eher »humanitären« Gründen oder ausbeuterischen Interessen (Hasenclever 2002: 85; Müller/Wolff 2006: 47-49).

Besonders kooperative Beziehungen zwischen zwei Staaten verbinden Vertreter dieses Erklärungsansatzes mit der Internalisierung demokratischer Werte: »Thus, if violent conflicts between democracies do occur, we would expect them to take place between democratic states that are relatively young in terms of the tenure of the democratic regime« (Russett 1993: 34; auch Kozhemiakin 1998: 17-34). Nach dieser Logik ist auch die Wahrnehmung durch Nachbarstaaten wichtig. Sollten benachbarte Staaten in einer jungen Demokratie noch keine tiefere Wirkung demokratischer Normen erwarten, kann dadurch die Möglichkeit friedlicher Konfliktlösung verstellt sein (Russett 1993: 34).

Nur in *konsolidierten demokratischen Dyaden* können nach diesem Erklärungsstrang besonders friedliche Beziehungen auftreten. Was jedoch die Unterscheidung zwischen junger und konsolidierter Demokratie ausmacht und wann von einer Internalisierung der demokratischen Werte bzw. der Antigewaltnorm ausgegangen werden

13 Kahl (1999); vgl. Müller/Wolff (2006: 45-49); Russett (1993: 30-38).

14 Zahlreiche historische Ausnahmen vom Befund des Demokratischen Friedens erklären konstruktivistische Vertreter damit, dass die kriegsführenden Staaten/Gruppen sich eben nicht als Demokratien wahrnahmen (bspw. Rendall 2004).

15 Risse-Kappen leitet die Dominanz des politischen Regimes bei der kollektiven Identitätsbildung rein empirisch, nicht theoretisch her (1995: 506).

kann, bleibt in der Literatur zum Demokratischen Frieden offen und führt zu einer gewissen Beliebigkeit, insbesondere bei der quantitativen Operationalisierung.¹⁶

Die qualitative Transformationsliteratur wiederum bietet meist sehr anspruchsvolle Konzepte von Konsolidierung an, die sowohl institutionelle Stabilität als auch die Internalisierung demokratischer Werte voraussetzen.¹⁷ Diese würden jedoch nicht-westlichen Demokratien fast in jedem Fall eine »Verwurzelung« der Demokratie vorrangig aufgrund von institutionellen Stabilitätsproblemen absprechen, so auch Ecuador heute trotz zwanzigjähriger Demokratieerfahrung (siehe Abschnitt 6.5). Fraglich ist aber, ob diese Stabilität beispielsweise für das Bilden einer demokratischen *in-group* nötig ist.¹⁸ Es erscheint darum hier sinnvoller, eine Kultur der demokratischen Konfliktlösung, also den Bereich der Wertinternalisierung, als entscheidend heranzuziehen.¹⁹ Dies ist im konstruktivistischen Ansatz der zentrale Aspekt, der das demokratische System mit kooperativer Interaktion verbindet.

Alternative Ansätze, die sich nicht auf die Eigenheiten demokratischer Systeme konzentrieren, sondern die jeweilige Einbettung und Ausgestaltung der politischen Regime in den Blick nehmen, finden sich in der Literatur zu Demokratisierungen und zu interdemokratischen Institutionen. Mit der Verregelung über Staatsgrenzen hinaus beschäftigt sich die Forschung zu interdemokratischen Institutionen.

4. Zum Frieden auf der dyadischen Ebene – Regionale Institutionen und Integration

Die klassischen Theorien des Demokratischen Friedens sehen in institutionalisierten Formen der Interaktion keinen eigenen Einflussfaktor auf das Konfliktverhalten. In der liberalen Literatur zum Demokratischen Frieden werden internationale Institutionen eher als Ausdruck von Interessen bzw. als Widerspiegelung von gemeinsamen Identitäten betrachtet, nicht als Organisationen mit eigener Dynamik (vgl. Hasenclever 2002: 76 f). In quantitativen Studien wurde internationalen Institutionen auch lange kein unabhängiger friedensstiftender Einfluss auf die Mitgliedsstaaten zugesprochen (vgl. Hasenclever 2002: 82 f; Pevehouse/Russett 2006: 970 f). Erst in den letzten Jahren sind quantitative Studien erschienen, die internationalen Institutionen

16 Manche Autoren verwenden in ihren quantitativen Studien Demokratien, die älter als drei Jahre sind (bspw. Rummel 1997; Russett 1993), mit der Erwartung, dass sich dann eine »demokratische Kultur« etabliert haben sollte.

17 Wobei auch hier eher minimalistische und eher maximalistische Definitionen unterschieden werden (Waldrauch 1996: 90-96). Zugrunde gelegt seien hier aber, eher maximalistische Definitionen wie die von Wolfgang Merkel (1999) oder Juan Linz und Alfred Stepan (1996). Merkel erwartet eine Konsolidierung auf vier Ebenen: Konsolidierung der Konstitution, der repräsentativen Strukturen, des Verhaltens informeller Akteure und der Bürgergesellschaft. Bei Linz und Stepan beinhaltet Konsolidierung demokratisches Verhalten (keine Gruppe arbeitet für einen Regimewechsel), demokratische Einstellungen (Mehrheit unterstützt demokratisches Regime) und die Festigung der Verfassungsinstitutionen.

18 Dagegen spricht etwa der Fall Argentinien-Brasilien. Beide Länder begannen in den achtziger Jahren mit intensiver *In-Group-Bildung* sofort nach den Demokratisierungen.

19 Es wird also davon ausgegangen, dass Wertinternalisierung auch unabhängig von institutioneller Stabilität erfolgreich sein kann.

eine statistisch signifikante Rolle zusprechen (Russett/Oneal 2001; Oneal et al. 2003). Die Effekte internationaler Organisationen wurden jedoch in Fallstudien meist an interdemokratischen Beispielen analysiert. Es liegt darum nahe, dass der friedensstiftende Einfluss insbesondere bei interdemokratischen Institutionen groß ist (Hasenclever 2002: 75; quantitativ Pevehouse/Russett 2006).²⁰

Interdemokratische Institutionen würden die Stabilität im Bereich Sicherheit durch eine umfassende *Vernetzung ihrer Rüstungs- und Außenpolitik* (zuverlässige Konsultationsmechanismen, Vernetzung des sicherheitspolitischen Establishments) erhöhen, so wird argumentiert. Außerdem seien sie durch die Einbindung parlamentarischer und privater Akteure, durch besondere Informationskanäle sowie durch Streitschlichtungsmechanismen in der Lage, *Kooperation* zu fördern. Schließlich wirkten sie einer *Polarisierung* der Beziehungen entgegen, da sich, aufgrund einer gewissen Autonomie in den verregelten Politikfeldern, bei den beteiligten Akteuren leichter Widerstand gegen eine Eskalation der Beziehungen in anderen Bereichen herausbilden könne. Zudem sei die netzwerkartige Zusammenarbeit in den einzelnen Politikfeldern identitätsbildend.²¹

Schnell wird deutlich, dass die beiden Variablen *politisches Regime* und *interdemokratische Institutionen* stark interagieren. So sind Demokratien einerseits besonders interessiert an einer institutionellen Verregelung (Demokratien sind im Durchschnitt Mitglied in mehr internationalen Organisationen als Nicht-Demokratien, Dembinski et al. 2004: 547), zum anderen haben diese Institutionen Rückwirkungen auf ihre Mitgliedsstaaten. Andreas Hasenclever und Brigitte Weiffen (2006: 578) zeigen an Fallstudien ehemaliger *enduring rivalries* (Brasilien und Argentinien, Frankreich und Deutschland), dass gerade junge Demokratien ein Interesse an einer stärkeren Integration mit den Nachbarstaaten haben beziehungsweise bestehende Institutionen in ihren Aufgaben aufwerten. Lerneffekte sind also am Werk, denn erst mit einem gewissen Niveau der Interaktion scheint die Gefahr einer erneuten Eskalation gebannt zu sein. Die so geschaffenen Institutionen wiederum bieten dann Kanäle für die friedlichere Austragung von Konflikten:

«Two states do not simply forget their martial past when both of them turn into stable democracies. Because they take the possible ›return of history‹ into account, democracies create and maintain common security institutions» (Hasenclever/Weiffen 2006: 578).

Dieser Ansatz erscheint auf den ersten Blick sehr eurozentrisch, denn kaum eine andere Region kann mit einem ähnlichen Institutionensystem aufwarten. Nach Hasenclever und Weiffen liegen die regionalen Unterschiede bei der Integration im unterschiedlichen Bedarf nach Vernetzung im Sicherheitsbereich begründet, der abhängig von äußerer oder auch gegenseitiger Bedrohung sei. Der Bedarf einer Institutionalisierung im Sicherheitsbereich in Südamerika sei angesichts fehlender

20 Pevehouse/Russett erweitern das Argument auf den befriedenden Aspekt von »densely democratic IGOs« (2006: 972).

21 Hasenclever (2002: 91-100); Dembinski et al. (2004: 547-551); Hasenclever/Weiffen (2006: 571-574).

externer Bedrohung und der Abwesenheit größerer Kriege in der Region eher gering (Hasenclever/Weiffen 2006: 582).

Diese Argumentation überzeugt angesichts der hohen Zahl langandauernder Konflikte in der Region nicht vollständig, auch wenn diese der Konfliktintensität nach nicht mit den europäischen Kriegen vergleichbar sind. Umso zentraler erscheint es, nachzuprüfen, ob und wie die hier vorgeschlagenen kausalen Mechanismen, vielleicht in nicht ganz so umfassendem Maße, auch in anderen regionalen Zusammenhängen wirken und ob Unterschiede bei der Interaktion in interdemokratischen und gemischten internationalen Organisationen gefunden werden können. Die Betonung der interdemokratischen Institutionen unterstreicht den dyadischen Charakter des Demokratischen Friedens. *Der Beginn besonders kooperativer Interaktion würde sich auf die interdemokratische Integration verschieben, aufgrund der besonders friedensfördernden Auswirkungen von Kooperation, Entpolarisierung und gemeinsamer Identitätsbildung.* Die Demokratisierung ist aber eine dafür notwendige Voraussetzung und erzeugt einen gewissen »Integrationsdruck«.

5. Demokratisierung, Instabilität und Konflikt

Vor einer rein positiven Bewertung von Demokratisierungen, wie sie die bis jetzt beschriebenen Ansätze nahe legen, warnen dagegen Edward Mansfield und Jack Snyder. Sie argumentierten in ihrer ersten Studie in den neunziger Jahren, dass Staaten im *Demokratisierungsprozess* eine besonders hohe Kriegswahrscheinlichkeit besitzen (Mansfield/Snyder 1995). In ihren neusten Arbeiten haben sie diese Ergebnisse leicht revidiert; allein eine unvollständige Demokratisierung (die also nur zu einer Einordnung als Anokratie führen oder innerhalb des Bereichs der Anokratie stattfindet), zusammen mit einer Schwäche zentraler Institutionen machten Staaten besonders kriegs- und konfliktanfällig (Mansfield/Snyder 2002 a, 2002 b, 2004).

Mansfield und Snyder entleihen zur Begründung ein Argument Samuel Huntingtons (1968), welches besagt, dass sich Transformationen intern bei Massenmobilisierung und fehlender Integrationskraft der Institutionen besonders konfliktreich gestalten können.²² Während solcher Instabilität der Institutionen, argumentieren sie, nutzten alte wie neue politische Eliten nationalistische Rhetorik, um die Bevölkerung an sich zu binden. Es handelt sich also explizit um eine Elitenstrategie. Dieser Nationalismus könne sich in aggressiveres Außenverhalten übersetzen bzw. aggressive Reaktionen bei Nachbarn hervorrufen (Mansfield/Snyder 2004: 22).²³ Demzufolge bedienen sich Eliten des Nationalismus und des aggressiven Außenverhaltens als Strategie zur Machtgewinnung oder -erhaltung in Situationen der Instabilität.

22 Huntington bezog sich jedoch nicht auf Demokratisierungen, sondern auf Modernisierungsprozesse.

23 Dieses Argument verwendet Snyder auch für innerstaatliche Konflikte. Nationalistische Führungsstrategien als Reaktion auf Elitenkämpfe nach Demokratisierungen erklären für ihn eine erhöhte innerstaatliche Konfliktgefahr (Snyder 2000).

Die quantitative Fundierung dieser Ergebnisse ist jedoch umstritten. Die Fallzahl ist niedrig und die intervenierende Variable Nationalismus wird nicht gesondert untersucht (Russett 2006: 702 f.). Es bleibt offen, ob Nationalismus auch während friedlichen Demokratisierungen auftritt oder gar unabhängig von Regimewechseln eine Rolle beim Konfliktverhalten von Staaten spielt. Unklar ist auch die Wirkungskraft der unabhängigen Variable Regimewechsel: Ist es die Demokratisierung an sich, der Zustand der Anokratie, ein Staatsbildungsprozess oder aber insgesamt ein Zustand der Instabilität, der das aggressive Außenverhalten hervorruft (vgl. auch Thompson/Tucker 1997: 441)? Die quantitative Unterstützung der These von Mansfield und Snyder wurde zudem von verschiedenen Autoren wegen methodischer Ungenauigkeiten abgelehnt.²⁴ Allerdings unterscheiden sich auch die alternativen Studien im Ergebnis: Nach David Rousseau (2005) senkt selbst eine unvollständige Demokratisierung oder eine Autokratisierung die Konfliktwahrscheinlichkeit, während bei Bennett und Stam (2004: 112) Demokratisierungen die Kriegswahrscheinlichkeit immer senken, weniger intensive Konflikte aber bestärken. Michael Ward und Kristian Gleditsch (1998; Gleditsch/Ward 2000) vertreten die These, dass nur zu schnelle Demokratisierungen die Konfliktwahrscheinlichkeit erhöhen.²⁵

Statt des *Prozesses* der Demokratisierung begreifen andere Autoren den *Zustand* der Anokratie als zentrale Erklärungskategorie für konfliktives Verhalten, vorrangig jedoch in Bezug auf interne Konflikte (Henderson/Singer 2000; Hegre et al. 2001; Reynal-Querol 2002). Ähnlich wie Mansfield und Snyder argumentieren Jack Goldstone et al. beispielsweise, dass Anokratien an sich besonders gefährliche Regimetyphen seien, da eine Konstellation mit »deeply polarized or factionalized competition with open contestation« (2005: 20) bei niedriger Institutionenqualität entstehen könne. Nach Gleditsch und Ward (2000) erhöhe dieser Zustand der Anokratie auch die Wahrscheinlichkeit von zwischenstaatlichen Kriegen.

Beide Kategorien, Demokratisierung ebenso wie Anokratie, werden von den jeweiligen Autoren in ähnlichen theoretischen Modellen mit einem erhöhten Niveau der Instabilität (schwache Institutionen und niedrige Legitimität) in Verbindung gebracht.²⁶ Die Institutionenstabilität wird also trotz unterschiedlicher Ableitung (Zustand der Anokratie, Transformationsprozess) jeweils als die Variable herangezogen, aus der ein Kausalmechanismus abgeleitet wird. Daher sollte Institutionenstabilität vom politischen Regime getrennt werden. Zwar ist gerade für den Prozess des Regimewechsels eine hohe Instabilität zu erwarten (Institutionen sind im Veränderungsprozess), trotzdem sind Demokratien nicht per se stabil, insbesondere nicht-westliche Demokratien unterscheiden sich stark in ihrer Stabilität. Ähnlich verhält es sich mit Autokratien (etwa das instabile Nepal vor der letzten Demokratisierung versus das

24 Enterline (1998); Rousseau (2005); Thompson/Tucker (1997); Gleditsch/Ward (2000); Russett/Oneal (2001); Oneal et al. (2003).

25 Eine Zusammenfassung der Literatur gibt Rousseau (2005: 270 f.).

26 Schwer verbinden lässt sich die Diskussion um Stabilität als Einflussfaktor auf das Konfliktverhalten von Staaten (Ray 2000: 305 f.; Maoz/Russett 1992, Russett 1993: 29 f.). Stabilität wird dort eher als die Abwesenheit von Regimewechseln, Coups, o. ä. betrachtet, weniger als Institutionenstabilität.

relativ stabile China). Da solche institutionelle Instabilität insbesondere mit nicht-westlichen Staaten in Verbindung gebracht wird, erscheint es umso wichtiger, den Einfluss dieser Variable zu überprüfen. Zu klären bleibt die Rolle der intervenierenden Variable »nationalistische Führungsstrategien«: Führt Instabilität in der Regel zu nationalistischer Rhetorik der politischen Eliten? Sind solche Führungsstrategien verbunden mit aggressivem Außenverhalten? Der folgende kausale Zusammenhang wird postuliert: *Institutionelle Schwächen rufen nationalistische Führungsstrategien politischer Eliten hervor und erhöhen so die Konfliktivität mit Nachbarstaaten. Institutionelle Stabilität in beiden Staaten sollte besonders kooperative Interaktion begünstigen.*²⁷

Die hier vorgestellten klassischen Theorien zum Demokratischen Frieden sowie die Ansätze zu interdemokratischen Institutionen und institutioneller Stabilität (Zusammenfassung Tab. 1) sollen nun auf ihren Erklärungsgehalt für kooperative Interaktion in Bezug auf die Dyade Ecuador-Peru überprüft werden.

Tabelle 1: Kausalmechanismen zur Erklärung kooperativer Interaktion

	Monadische Ebene	Dyadische Ebene	Beginn kooperativen Verhaltens
Institutionalistischer Ansatz	Demokratische <i>checks and balances</i> , Transparenz	Transparenz, Vertragssicherheit unter Demokratien	Institutionenwechsel zur Demokratie
Utilitaristischer Ansatz	Befriedigung der <i>winning coalition</i>	Angriff unter Demokratien aufgrund Drucks Kriege zu gewinnen unwahrscheinlich	Kontinuierliche Zunahme der Friedlichkeit während Demokratisierung
Konstruktivistischer Ansatz	Externalisierung der Antigewaltnorm	Bilden einer demokratischen <i>in-group</i>	Internalisierung der Antigewaltnorm
Institutionenstabilität	Abwesenheit von institutioneller Instabilität, Abwesenheit von Nationalismus		Phasen der institutionellen Stabilität in beiden Ländern
Interdemokratische Institutionen		Kooperation, Entpolarisierung und Vernetzung der Außenpolitik	Institutionalisierung der interdemokratischen Beziehungen

27 Dieser monadische Ansatz über außenpolitisches Verhalten kann in dyadische Annahmen über kooperative Interaktion übersetzt werden: Kooperatives Verhalten wird bei institutioneller Stabilität beider Staaten der Dyaden erwartet. Institutionelle Instabilität in einem der beiden Dyadenstaaten begünstigt dagegen konfliktives Verhalten.

6. Der Konflikt der *enduring rivalry* Ecuador-Peru

6.1. Konfliktgeschichte und Fallauswahl

Der Konflikt zwischen Ecuador und Peru besteht bereits seit der Unabhängigkeit der beiden Staaten zu Beginn des 19. Jahrhunderts (Bonilla 1996: 12). Unklare Grenzbeziehungen und Zuständigkeiten führten zu dauerhaften Auseinandersetzungen und Kriegen zwischen beiden Staaten. Umstritten war vorrangig das Grenzgebiet (Region Oriente/Mainas/Marañon) im von beiden Staaten reklamierten Amazonasbecken (Avery 1984: 67; Herz/Nogueira 2002: 27; Kacowicz 2005: 101). Nach einem Einmarsch Perus in den Süden Ecuadors 1941 wurde 1942 auf Druck der lateinamerikanischen Staaten und der USA das Rio-Protokoll unterschrieben. Es hielt den Grenzverlauf zu Ungunsten Ecuadors fest und bestimmte vier Garantenstaaten (USA, Brasilien, Chile, Argentinien). Aufgrund von Kartografierungsfehlern und des Widerstands Ecuadors wurde die vollständige Grenzziehung jedoch abgebrochen. Teile der Grenze blieben bis 1998 ungeklärt (Herz/Nogueira 2002: 31-24; Mares 1996/7: 101; Simmons 1999).

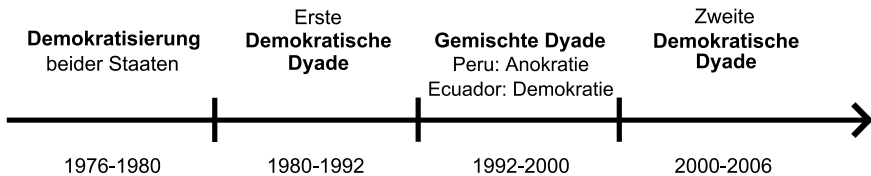
Konfliktgrund waren nach 1942 vorrangig die nationalen Identitäten der beiden Staaten (Bonilla 1996: 11; Child 1985: 93; Carranza 2002: 142 f). Weder Ressourcenzugang, noch die Situation des Kalten Krieges oder wirtschaftliche Vorteile waren von herausragender Bedeutung (Bonilla 1999: 71; Mares 1999: 173; Palmer 1997: 117). Stattdessen wurde auf ecuadorianischer Seite die »offene Wunde« des Gebietsverlusts kultiviert, während seitens Perus eine Veränderung des *status quo* des Rio-Vertrags als unmöglich galt.

Der Konflikt brach nach 1942 jedoch nie zu einem voll mobilisierten, großflächigen Krieg aus. Nur eine Vielzahl militärischer Zwischenfälle oder Kriegshandlungen in den Grenzgebieten waren zu verzeichnen. Damit fügt sich der Konflikt in das Muster Südamerikas, das auf den ersten Blick als vergleichsweise friedlicher Kontinent wirkt. Kriege waren im 20. Jahrhundert äußerst seltene Ereignisse (Mares 2001: 33-37), nicht jedoch Konflikte unter dem Kriegsniveau: Fast jede Grenze (meist an den kolonialen Administrativeinheiten orientiert) war im Laufe des 20. Jahrhunderts umstritten (Bustamante 1998: 16 f; Mares 2001: 39; Simmons 1999: 4). Dass diese oft auch militärisch ausgetragenen Konflikte kaum zu großflächigen Kriegen eskalierten, wird meist mit einem regionalen System der Mediation und Schlichtung erklärt (Herz/Nogueira 2002: 18; Simmons 1999: 5-7) sowie mit der inneren Verfasstheit der Staaten. Die mehrheitlich militärischen Regierungen, im Inneren mit Machtkonsolidierung durch Repression beschäftigt, hatten schlicht kein Interesse an aufwändigen Eroberungskriegen (Bustamante 1998: 18; Klepak 1996: 106 f). Oft wird auch der »Hegemon« USA als Akteur genannt, der die Eskalation nicht-ideologischer territorialer Konflikte im eigenen »Hinterhof« nicht zuließ (Bustamante 1998: 18; Klepak 1998: 27).

Die weitere Entwicklung der *enduring rivalry* zwischen Ecuador und Peru durch die verschiedenen Regimekonstellationen hindurch wird im Folgenden ab dem Beginn der ersten vollständigen Demokratisierung nachvollzogen. Anhand des *Polity-*

Index²⁸ werden vier verschiedene Regimekonstellationen gebildet (Abb. 1) (a) 1976-1980: Prozess der Demokratisierung beider Länder,²⁹ (b) 1980-1992: Beide Länder sind Demokratien, (c) 1992-2000: Ecuador ist eine Demokratie, Peru nach dem Putsch (*«autogolpe»*) Alberto Fujimoris eine Anokratie, (d) 2000-2006: Beide Länder sind Demokratien, Peru nach dem Rücktritt Fujimoris, Ecuador nach einem eintägigen Putsch.³⁰

Abbildung 1: Fallauswahl anhand der Polity-Daten

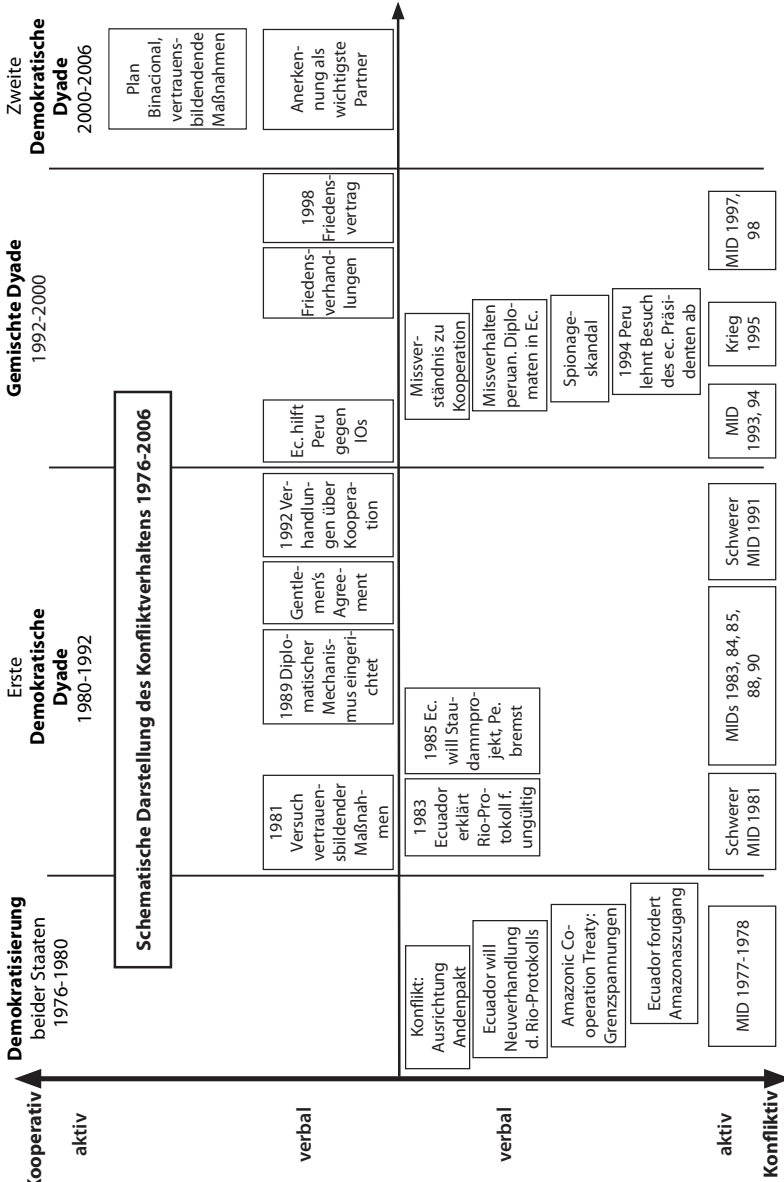


6.2. Das Konfliktverhalten – die abhängige Variable

Für diese vier Fälle wird nun das Konfliktverhalten der beiden Staaten nachvollzogen. Deren außenpolitischer Umgang miteinander wird anhand vierer Kategorien (aktiv kooperatives Verhalten, verbal kooperatives Verhalten, verbal konfliktives Verhalten, aktiv konfliktives Verhalten, siehe Abschnitt 2) eingeordnet (siehe Abb. 1, vgl. Zimmermann 2007). Die so ablesbare Dynamik des Konfliktverhaltens soll hier nur kurz zusammengefasst werden.

- 28 Die weitreichende Kritik am *Polity*-Index wegen seiner eher prozeduralen Regimekomponenten ist bekannt (s. Fn. 4), insbesondere zur Beschreibung komplexer Transformationsprozesse ist er ungeeignet. Hier soll er jedoch nur angewandt werden, um verschiedene dyadische Konstellationen festzulegen. In dieser Arbeit wird, folgend den Autoren des *Polity*-Indexes, +6 bzw. -6 als die Grenzlinie zwischen Demokratie, Anokratie und Autokratie verwendet, wobei Ecuadors Einordnung als Demokratie mit Wertung von +6 nach 2000 (siehe Fn. 29) eigens plausibel gemacht wird. Der *Polity*-Index kennt keine eigene Kategorie der Demokratisierung. Sie wird hier als langsamer Transformationsprozess von der Kategorie der Autokratie bzw. der Anokratie zur Demokratie beschrieben. Ein ähnlicher längerer Aushandlungs- und Übergangsprozess ist für Peru bei der späteren Anokratisierung (1992) und erneuten Demokratisierung (2000) nicht zu beobachten, weswegen diese Regimeveränderungen keine eigene Fallbildung zulassen.
- 29 In Ecuador beginnt die Transition 1976. 1979 finden nach einem dreijährigen Dialogprozess Wahlen statt (Verdesoto 2005; Isaacs 1993), in Peru beginnt die Transition 1978. 1980 werden demokratische Präsidentschaftswahlen abgehalten (ausführlich Rudolph 1992).
- 30 Ecuador erhält nach dem eintägigen Putsch 2000 eine Einordnung mit +6 (ab 2006 wieder +7) und ist damit ein Grenzfall zwischen Demokratie und Anokratie. Im Länderüberblick des *Polity*-Datensatzes wird es dennoch auch für die Zeit zwischen 2000 und 2006 als Demokratie gezählt. Angesichts der Rückgabe der Macht nach dem Putsch durch Militär-offiziere und die Führer der Indigenenbewegung, und des Weiterbestehens der verfassungsmäßigen Ordnung wird das Land hier trotz grenzwertiger Kategorisierung als Demokratie eingeordnet.

Abbildung 2: Schematische Darstellung des Konfliktverhaltens, 1976-2006



Quelle: Eigene Zusammenstellung aus Herz/Nogueira (2002), Mares (2001); Toche (1998); Simmons (1999)

Die Phase der Demokratisierung Ende der siebziger Jahre brachte eine Verschlechterung der Beziehungen der Dyade, nachdem beide Staaten davor unter den militärischen Diktaturen eher eine Annäherung gesucht hatten (Bonilla 1996; Carranza 2002). Es kam zu verbalen Drohungen und 1977/78 – das erste Mal seit 1960 (Mares 2001: 167) – wieder zu einem militärischen Zwischenfall an der Grenze (s. Tab. 2, *verbal bis aktiv konfliktiv*). Auslöser waren Forderungen nach Neuverhandlungen des Rio-Protokolls und einem Amazonaszugang vonseiten Ecuadors³¹ und Streitigkeiten in der Andengruppe (Avery 1984: 69; Gorman 1982: 71; Gorman/St. John 1982: 188).

Tabelle 2: *Militarized Interstate Disputes* zwischen Ecuador und Peru nach Regimekonstellationen und Niveau der in der MID-Datenbank verzeichneten Zwischenfälle (2: threat to use force, 3: display of force, 4: use of force, 5: war)

Demokratisierung beider Staaten	Erste Demokratische Dyade	Gemischte Dyade	Zweite Demokratische Dyade
1977-78 (Ec: 4/Pe: 4)	1981 (4/4)	1993	-
	1983	1994	
	1984 (4/4)	1995 (4/4)	
	1985	1995 (4/4)	
	1985	1997 (4/4)	
	1988	1998 (4/3)	
	1989		
	1991 (3/3)		

Quelle: Mares (2001: 167) und MID-Datenbank (keine vollständige Übereinstimmung)

In der ersten demokratischen Dyade zwischen 1980 und 1992 lässt sich das Konfliktverhalten in zwei Phasen gliedern. Die erste Phase war sehr konfliktiv geprägt: MIDs (*militarized interstate disputes*) fanden fast jährlich statt (siehe Tab. 3), 1981 sogar mit voller Mobilisierung der Streitkräfte (Mares 2001: 167), und es bestand nur in sehr begrenztem Maße Austausch zu gemeinsamen Themen³² (*fast rein aktiv konfliktiv*). Perus engster Partner in diesen Jahren war das benachbarte Bolivien, das nach einem Putsch im Jahr 1980 zur repressiven Militärdiktatur zurückgekehrt war (Avery 1984: 72). Die junge Demokratie Ecuador galt hingegen als Bedrohung. Erst unter

31 Diese Forderungen wurden vom ersten demokratischen Präsident Ecuadors bekräftigt (Mares 2001: 167).

32 Bspw. die Forderung nach einer 200-Meilen Seegrenze, eine Umschuldungskampagne von Alan García oder die Konflikte in Mittelamerika (Klepak 1998: 78 f).

Alberto Fujimori (1990-2000) und dem ecuadorianischen Präsidenten Rodrigo Borja (1988-1992), entstand ab 1991 nach einem erneuten heftigen MID ein Dialog zur Beilegung des Konflikts, der jedoch nach einigen Verhandlungen zu keiner vertraglichen Einigung führte (Toche 1998: 17-27; Herz/Nogueira 2002: 39-42; Simmons 1999: 11 f, *verbal kooperativ trotz anhaltendem aktiv konfliktivem Verhalten*).

Der »autogolpe«³³ Fujimoris am 5. April 1992, also die Transformation Perus zur Anokratie, und der Beginn der gemischten Dyade führte nicht sofort zur Umkehr von verbal kooperativerem zu rein konfliktivem Verhalten. Vielmehr zeigte sich Ecuador zunächst als Perus Verteidiger gegenüber anderen lateinamerikanischen Staaten, die das Vorgehen Fujimoris verurteilten (Toche 1998: 29, *verbal kooperativ*). Jedoch verursachten diplomatische Fehlritte beider Seiten in den nächsten zwei Jahren eine erneute Verschlechterung der Beziehungen und einen Abbruch des Dialogs (Burgos 1995: 19) und führten zu weiteren MIDs. Mit einem kurzen Krieg 1995 befanden sich die Beziehungen auf einem Tiefpunkt (*aktiv konfliktiv*) und erholten sich auch während der Friedensverhandlungen unter den vier Garantenstaaten nur sehr langsam (Herz/Nogueira 2002; Simmons 1999: 13 f; Klepak 1998: 102 f). 1998 schien mit Abschluss eines Friedensvertrags unter Druck der vier Garantenstaaten und der endgültigen Festlegung der Grenze eine Wende hin zu kooperativerem Verhalten geschafft, auch wenn die Beziehungen noch von einer gewissen Unsicherheit geprägt waren und ein letzter militärischer Zwischenfall noch 1998 zu verzeichnen war (*verbal kooperativ*). Eine Kommission zur Vertrauensbildung und Sicherheit wurde eingerichtet, nahm ihre permanente Arbeit jedoch erst im Jahr 2000 auf (Mena 2001).

Nach 2000 entstand in der zweiten demokratischen Dyade ein *aktiv kooperatives* Verhältnis.³⁴ Es gab weder verbale noch aktive Formen der Drohung oder der Auseinandersetzung. Stattdessen bezogen sich beide Staaten aufeinander als engste Partner³⁵ und begannen ein umfassendes Integrationsprogramm.³⁶ Insbesondere im Bereich Wirtschaft, Umwelt und Kultur und Bildung fand ein reger bilateraler Austausch statt (López Contreras 2004: Kap. V).

7. Regimewechsel, Integration, Instabilität und ihr Erklärungspotenzial

7.1. Die Probleme klassischer Erklärungen des Demokratischen Friedens

Die zentrale Voraussage der klassischen Theorien zum Demokratischen Frieden, dass demokratische Dyaden mit friedlicher Interaktion zusammenfallen sollten, erfüllen

-
- 33 Ein »Selbstputsch«, bei dem Fujimori das Parlament auflöste sowie das Tribunal für Verfassungsgarantien, die Nationale Wahlkommission und die Justiz unter seine Kontrolle brachte (Levitsky 1999: 78).
 - 34 Selbst nach dem eintägigen Putsch in Ecuador 2000 wurde der Friedensschluss nicht in Frage gestellt (Mares 2001: 160).
 - 35 Bonilla/Moreano (2004: 103); Ministerio de Defensa Ecuador (2002); Ministerio de Defensa Perú (2005).
 - 36 Dazu www.planbinacional.gov.ec und www.planbinacional.org.pe; 9.3.2009.

sich im vorliegenden Fall insbesondere in der ersten Dyade nicht: Die Demokratisierung Ende der siebziger Jahre verschlechterte das Verhältnis beider Staaten und die erste demokratische Dyade war zunächst von besonders konfliktiven Beziehungen geprägt. Der Übergang zu eindeutig kooperativerem Verhalten gelang in der gemischten Dyade und eine Vertiefung zu aktiv kooperativem Verhalten trat in der jungen zweiten demokratischen Dyade ein. Erwartet wird in der Theorie zwar nicht, dass gemischte bzw. nicht-demokratische Dyaden sofort konfliktiveres Verhalten zeigen als demokratische Dyaden, doch sollten die vorgeschlagenen kausalen Mechanismen in den demokratischen Dyaden entsprechende Wirkung zeigen und beobachtbar sein. Hier scheinen die klassischen Theorien auch bei der Erklärung der zweiten demokratischen Dyade (trotz richtiger Voraussage) Probleme zu haben.

Institutionalistische Erklärungsansätze zielen auf institutionelle Schranken und Transparenz als kausale Mechanismen und erwarten friedlichere Beziehungen relativ schnell nach einer Demokratisierung. Mehr Pressefreiheit und bessere parlamentarische Kontrolle der Exekutive führten aber nicht zu einer Einschränkung des konfliktiven Verhaltens in der ersten demokratischen Dyade. Die Öffentlichkeit kontrollierte zwar gerade in dieser Zeit sehr kritisch die Innenpolitik der Präsidenten, unterstützte aber mit starker nationalistischer Mobilisierung dessen konfrontative Außenpolitik (Rousseau 2005: 75). Eine wechselseitige Wahrnehmung der Presse der Nachbarländer fand nicht statt (Bonilla 1996: 12 f).

Die institutionellen Schranken funktionierten im anokratischen Regime Fujimoris in der Tat schlechter (Beschränkung und Einschüchterung der Presse, Machtgewinn des Militärs). Gerade die umfassende präsidentielle Kontrolle beschleunigte dann jedoch die Friedensverhandlungen (gegen den Willen von Militär und Opposition), die zu einer endgültigen Festlegung der Grenze führten (Herz/Nogueira 2002: 75, 80). Das Fehlen klassischer Eskalationszyklen im Bezug auf die MIDs an der offenen Grenze machte zudem zumindest das Ausbrechen der militärischen Konflikte in den demokratischen Dyaden unabhängig von vielen institutionellen Kontrollmechanismen oder einer demokratischen Öffentlichkeit.³⁷ Das erneute Wirken der institutionellen Schranken in der zweiten demokratischen Dyade fiel zwar mit einer Vertiefung des kooperativen Verhaltens zusammen, es fand jedoch auch kein eskalatives Verhalten der Exekutive oder des Militärs statt, dem durch *checks and balances* oder Transparenz entgegengewirkt werden musste.

Ein utilitaristischer Ansatz nach Bueno de Mesquita nimmt an, dass sich während des Demokratisierungsprozesses die Beziehungen der Dyade stetig verbessern sollten. Dies ist gegenläufig zu der empirischen Beobachtung, dass die Beziehungen sich während der Demokratisierung und in der ersten Phase der Demokratie massiv ver-

37 An dieser Stelle muss auf die Rolle des Militärs in den Gesellschaften der beiden Staaten hingewiesen werden. Trotz der »Enklaven«, die sich das Militär in beiden Gesellschaften erhielt bzw. die sich das Militär in Ecuador in den neunziger Jahren erst aufbaute, und trotz des Einflusses auf die militärischen Zwischenfälle an den Grenzen (auch hier lag die Initiative jedoch meist bei der zivilen Regierung, Rousseau 2005: 77 f), war es an der restlichen Ausgestaltung der Außenpolitik und Eskalationsentscheidungen kaum beteiligt (Herz/Nogueira 2002: 46; Bonilla 1999: 69 f).

schlechterten. Rationale Kosten-Nutzen Kalküle spielten zudem insgesamt insofern eine Rolle, als beide Staaten kein Interesse an der vollständigen Eskalation des Grenzkonflikts in einen großflächigen Krieg hatten (Mares 2001: Kap. 7),³⁸ dies aber in jeder untersuchten Dyade.

Im konstruktivistischen Ansatz, der friedlichere Beziehungen nach der Internalisierung einer Antigewaltnorm erwartet, greift im untersuchten Fall insbesondere der dyadische Aspekt nicht vollständig. Von einer *in-group*-Bildung in der ersten demokratischen Dyade und einem Aussetzen des Sicherheitsdilemmas lässt sich nicht sprechen. Das politische Regime des Nachbarlandes spielte in der Formulierung der Außenbeziehungen kaum eine Rolle; während Peru mit der Autokratie Bolivien nach 1980 intensive Beziehungen pflegte, änderte die Demokratisierung Ecuadors und Perus nichts an den schlechten Beziehungen untereinander. Desweiteren führte der Putsch Fujimoris an sich nicht zu einer Verschlechterung von Ecuadors verbal kooperativer Einstellung im Jahr 1992 trotz Ächtung Perus durch andere lateinamerikanische Staaten.³⁹ Nach dem Friedensvertrag 1998 verbesserten sich die Beziehungen trotz massiver internationaler Kritik im Zusammenhang mit Fujimoris Wiederwahl 2000⁴⁰ und vertieften sich ohne Übergangsphase direkt nach der erneuten Demokratisierung Perus 2000 in der zweiten demokratischen Dyade.

In der Situation des Bürgerkrieges in Peru kann natürlich von einer Institutionalisierung der Antigewaltnorm beziehungsweise von einer Kultur der demokratischen Konfliktlösung nur schwer gesprochen werden. In Ecuador veränderte dieser Bürgerkrieg aber nicht die Einordnung Perus als Demokratie. Gleichzeitig gilt Ecuador in den achtziger Jahren zwar als »*island of peace*« in der Andenregion (Rivera/Ramírez 2005: 121), aber rund ein Drittel der ecuadorianischen Bevölkerung bevorzugten in dieser Phase eine Autokratie gegenüber demokratischen Institutionen (Isaacs 1993: 134; Rousseau 2005: 73), was eher gegen eine weitgehende demokratische Werteinternalisierung spricht. Die zweite, bürgerkriegsfreie demokratische Dyade fiel dagegen mit einer Vertiefung der Beziehungen zusammen.⁴¹ Der Beginn dieses Wandels der Beziehungen findet sich jedoch im Friedensprozess der gemischten Dyade. Perzeptionswandel und Lernprozesse scheinen also durchaus eine Rolle für die Entwicklung kooperativer Beziehungen zu spielen. Die angebotenen kausalen Mechanismen Internalisierung der Antigewaltnorm und demokratische *In-Group*-Bildung können den Beginn dieses Perzeptionswandels jedoch nicht vollständig erklären (siehe Abschnitt 8).

38 Jedoch bestand in den ersten drei Phasen durchaus ein Interesse an der Eskalationsgefahr – insbesondere vonseiten Ecuadors –, um Verhandlungsdruck aufzubauen (Mares 2001: Kap. 7).

39 Fujimoris Putsch provozierte eine kurzzeitigen Suspendierung Perus in der Anden- und Rio-Gruppe und eine Verurteilung des Putschs durch die Organisation der Amerikanischen Staaten (Herz/Nogueira 2002: 66, 75; Tirado 1997: 14).

40 So erschienen allein die Präsidenten Ecuadors und Bolivien zur Verteidigung des Präsidenten Fujimoris 2000 (Orias Arredondo 2005: 75).

41 Die Präferenz für eine autokratische Regimeform stieg in dieser Dyade aber von sehr niedrigen Werten in den neunziger Jahren auf rund 20 % im Jahre 2006 (The Economist 17.11.2007: 45-46).

Erkennbar ist, dass alle drei Ansätze wenig zum Beginn kooperativer Interaktion einer Dyade aussagen. Es scheint ein ähnliches Problem wie in der Demokratisierungsforschung vorzuliegen: Faktoren, welche die Erhaltung einer Demokratie zu beeinflussen scheinen, sind nicht zwangsläufig die gleichen Faktoren, welche die Herstellung einer Demokratie beeinflussen (Rustow 1970: 339). Zudem führt die bei der Theoriebildung zum Demokratischen Frieden zu beobachtende Konzentration auf Eigenheiten demokratischer Systeme, ohne analytischen Blick auf andere politische Regime oder den Prozess des Regimewechsels, zu einem Defizit bei der Analyse von Autokratien, Anokratien oder in der Transformation befindlichen Staaten und ihrem Außenverhalten. Doch auch die Erweiterung um interdemokratische Institutionen kann im Fall von Ecuador und Peru nicht überzeugen.

7.2. Interdemokratische Institutionen: Von der Isolation zur Integration?

Überprüft wird der Einfluss interdemokratischer Institutionen auf das Konfliktverhalten über den Grad der Verregelung der Außenpolitik (im Fokus sind die Bereiche Wirtschaft und Sicherheit im Andenpakt bzw. in der Andengemeinschaft⁴² und die Zusammenarbeit mit den Garantenstaaten). Erwartet wird eine erhöhte Integrationsaktivität in interdemokratischen Phasen, die deeskalierende Wirkung haben soll.

Im Andenpakt war der Integrationsgrad trotz ambitionierter Ideen und Projekte der Andenländer auch nach der Demokratisierung sehr gering (IRELA 1999:4). Eine Schranke für weitere Integration in dieser Phase war u. a. der andauernde Konflikt zwischen Ecuador und Peru (Avery 1984: 74). Dies spricht für ein Problem der umgedrehten Kausalität zwischen Integration und Konfliktverhalten; der Konflikt bremste weitere Integration, nicht weitere Integration den Konflikt. Insbesondere in der Phase der Demokratisierung nutzte Ecuador die Andengruppe und die Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) auch eher für die Artikulation der eigenen Ansprüche gegenüber Peru und zur Provokation statt zur Zusammenarbeit (Mares 2001: 166).

Obwohl zwischen den Regimewechseln und den Integrationsschritten eine gewisse Interaktion bestand,⁴³ ist zunächst auch keine vermehrte institutionelle Verregelung in der interdemokratischen Phase von 1982 (Demokratisierung Boliviens macht die Andengruppe zu einer Institution mit rein demokratischen Mitgliedern) bis 1992 im

42 Der Andenpakt bzw. die Andengemeinschaft (ab 1997) erscheint als wichtigster Integrationsmechanismus, zählt er doch zu den ältesten Integrationsprojekten des lateinamerikanischen Subkontinents und bestand bereits vor der Demokratisierung der Staaten (Gründungsjahr 1968) (IRELA 1999: 1). Mitglieder sind Ecuador, Peru, Kolumbien und Bolivien. Chile war kurzzeitig in den siebziger Jahren Mitglied. Venezuela trat 2006 aus der Gemeinschaft aufgrund ideologischer Differenzen aus. Zwischen 1982 und 1992 und nach 2000 ist die Andengemeinschaft eine interdemokratische Organisation.

43 Dies aber nur im negativen Sinne: Transformationen in Richtung der Autokratie verzögerten weitere Integrationsschritte. So führte die Autokratisierung Boliviens 1980 und die Anokratisierung Perus 1992 zu einem Stillstand der Integrationsbemühungen in der Andengruppe aufgrund der Kritik der anderen Mitgliedsstaaten (Gorman/St John 1982 a: 194; Herz/Nogueira 2002: 74; Minkner-Bünjer 2004: 246).

regionalen Integrationsprojekt zu beobachten. Erst Ende der achtziger Jahre entstand in der Andengruppe eine Phase der ernsthaften Kooperation, dies jedoch eher aufgrund inhaltlicher Übereinstimmung in Bezug auf ein regional offeneres Wirtschaftskonzept (»New Regionalism«, Barrios 1999: 18; IRELA 1999: 19 f). Als Forum für Absprachen, Zusammenkünfte und institutionalisierte Treffen der beiden Staaten, die kaum bilaterale Kontakte pflegten, spielten die Andengemeinschaft und auch die Rio-Gruppe insbesondere vor dem Putsch Fujimoris wiederum eine wichtige Rolle (Pallares 1991), hierfür waren wirtschaftliche oder sicherheitspolitische Integrations-schritte jedoch unerheblich. Aufgaben in der Konfliktlösung übernahm die Andengruppe nicht.

Nach 2000, Peru hatte sich redemokratisiert und alle Mitglieder des Andenpaktes waren erneut demokratisch,⁴⁴ zeigte sich zwar ein Impuls für eine verstärkte Integration im Sicherheitsbereich. Die Implementation aber wurde aufgrund interner Abspracheprobleme und starker ideologischer Polarisierung, insbesondere ausgelöst durch Venezuela und Kolumbien, trotz institutionell demokratischer Grundstrukturen nicht weiter vorangetrieben (Guáqueta/Peña 2005: 155 f). Venezuela verließ 2006 aufgrund ideologischer Grunddifferenzen die Andengemeinschaft. Allein die demokratische Regierungsform der Mitglieder schien also keinen Integrationsdruck auszulösen. Stattdessen war eine gewisse Ähnlichkeit in der wirtschaftspolitischen Ausrichtung (wie bspw. Ende der achtziger Jahre) zusätzlich notwendig für weitere Integrationsschritte.

Die Garantenstaaten des Rio-Vertrags (USA, Argentinien, Brasilien und Chile), offiziell beauftragt mit der Konfliktlösung zwischen Ecuador und Peru, gaben der Lösung des Konflikts erst ab den neunziger Jahren,⁴⁵ nicht schon in den achtziger Jahren nach der Demokratisierung Ecuadors und Perus, eine höhere Priorität, etwa durch eine bessere Ausstattung der Vermittler und einen größeren Konsens bei der Umsetzung. Dies führte dann nach dem Krieg von 1995 auch zu einem gemeinsamen Vorgehen, dem Bilden einer Friedenstruppe und entsprechendem Druck zur Konfliktlösung (Palmer 1999; Herz/Nogueira 2002).

Der Ansatz zu interdemokratischen Institutionen erwartet einen gewissen Integrationsdruck zwischen Demokratien und schreibt interdemokratischer Verregelung besonders friedensstiftende Auswirkungen zu. Es besteht jedoch ein »Präferenzproblem« und ein Problem der Wirkungsrichtung. Akteure in demokratischen Regimen besitzen nicht zwangsläufig ähnliche politisch-ideologische Einstellungen beispielsweise zu Wirtschafts- oder Sicherheitspolitik, die notwendig sind, um eine Integration in diesen Bereichen voranzutreiben (siehe interdemokratische Phasen der Andengruppe). Auch kommen Organisationen ihrer konfliktlösenden Aufgabe nur nach, wenn Einvernehmen und ähnliche Interessen vorherrschen (vgl. Garantenstaaten). Zudem ist die Wirkungsrichtung der beiden Variablen Konfliktverhalten und Tiefe der regionalen Verregelung nicht eindeutig. Der Konflikt zwischen Ecuador und Peru

44 Auch Venezuela kann als Grenzfall zwischen Demokratie und Nicht-Demokratie diskutiert werden.

45 Nach der Redemokratisierung Argentinien 1983, Brasiliens 1985 und Chiles 1990.

verhinderte trotz interdemokratischer Konstellation zu Beginn der achtziger Jahre weitere Integrationsschritte, die maßgeblich zu kooperativerem Verhalten führen sollten. Der Drang zur Verregelung der Beziehungen, den eigentlich die Demokratisierungen in der Andenregion mit sich hätte bringen sollen, blieb aus. Doch mit einem »Präferenzproblem« ist auch der Ansatz zur institutionellen Stabilität behaftet.

7.3. Institutionelle Stabilität: Zwischen Chaos und Stabilität

Anhand der Indikatoren *Dauerhaftigkeit der Institutionen*,⁴⁶ *Institutionenakzeptanz*⁴⁷ und *Institutionenperformanz*⁴⁸ wird die Institutionenstabilität während der vier Regimekonstellationen für beide Staaten überprüft. Zusätzlich wird das Auftreten der intervenierenden Variable »nationalistische Führungsstrategien« festgehalten. Hohe institutionelle Stabilität wird bei positiver Bewertung von mindestens zwei Indikatoren angenommen, niedrige wiederum bei negativer Bewertung von mindestens zwei Indikatoren. Erwartet wird besonders kooperative Interaktion bei institutioneller Stabilität beider Staaten. Der vorhergesagte Zusammenhang zwischen Instabilität und Konfliktivität ist für Peru und Ecuador nicht immer nachzuvollziehen. Zentral erscheint die intervenierende Variable, jedoch ohne eine reine Konzentration auf Nationalismus als reine Elitenstrategie.

Als sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern während der Demokratisierung zu verschärfen begannen, fiel dies in Peru durchaus zusammen mit einer starken Verschlechterung der Stabilität (sehr niedrige Institutionenakzeptanz und –performanz, siehe Tab. 3).⁴⁹ In Ecuador dagegen war die Instabilität nicht sehr ausgeprägt.⁵⁰ In der jungen demokratischen Dyade, die zu Beginn von sehr schlechten bilateralen Beziehungen geprägt war, ist die Stabilität Ecuadors eher positiv zu bewerten, dies jedoch aufgrund der Exklusion breiter Bevölkerungsgruppen (gewisse Dauerhaftigkeit, gewisse, jedoch langsam sinkende Akzeptanz, Performanzprobleme), die Perus dagegen sehr negativ. Der Bürgerkrieg gegen die maoistische Gruppierung »Leuchten der Pfad« und eine massive Wirtschaftskrise führten zu sehr niedriger Performanz und vollständiger Delegitimierung, trotz relativer Dauerhaftigkeit der Institutionen (Rudolph 1992: 86-92, 110-125; Degregori 2003: 222). Die schlechten Beziehungen wurden zu Beginn der achtziger Jahre in beiden Ländern von einer nationalistischen

46 Werden formale Institutionen (Verfassung, Wahlrecht, Parteienrecht) ständig verändert oder besitzen sie Beständigkeit? Werden institutionelle Vorgaben eingehalten?

47 Leistungsbewertung durch die Bevölkerung, hier Zufriedenheit mit Institutionen. Niedermeyer (2001: 55) folgend sind die zentralen Analyseeinheiten die Verfassungsorgane, die Verfassung und die Intermediäre (hier Parteien).

48 Art der Interaktion von Exekutive – Legislative (*deadlock* versus konstruktive Zusammenarbeit) und Arbeitsfähigkeit der Regierung. Performanz bedeutet nicht zwangsläufig Regierungsstabilität im Sinne möglichst stabiler und lang andauernder Regierungskonstellationen.

49 Wirtschaftskrise und Delegitimierung der Militärdiktatur führen zu Demokratisierung mit starken Massenmobilisierungen (Villanueva 1982: 169; Rudolph 1992: 69).

50 Langsamer Demokratisierungsprozess mit Elitenkontinuität und geringer Mobilisierung (Verdesoto 2005: 96).

Grundstimmung und einer entsprechenden Mobilisierung begleitet, die von den politischen Eliten gezielt in ihren Führungsstrategien verwendet wurde (Avery 1984; Rousseau 2005: 72; Mares 2001: 179). Trotz starker peruanischer Instabilität suchte aber Präsident Fujimori zum Ende der ersten demokratischen Dyade den Dialog mit Ecuador (Simmons 1999: 11).

Die dritte Phase, die einen kurzen Krieg 1995 und danach die Verbesserung der Beziehungen durch einen schwierigen Friedensprozess beinhaltet, war in Peru zunächst von gewisser Stabilität (Apathie der Bevölkerung nach Fujimoris Putsch) und erst zum Ende der neunziger Jahre von erhöhter Mobilisierung geprägt (Proteste gegen erneute Kandidatur Fujimoris; abnehmende Akzeptanz, abnehmende Performanz, geringe Dauerhaftigkeit aufgrund der Deinstitutionalisierungspolitik Fujimoris).⁵¹ In Ecuador jedoch verschlechterte sich die Stabilität der Institutionen rapide durch den Zusammenbruch des Parteiensystems, einem dauerhaften *deadlock* zwischen Parlament und Präsident und dem Erstarken der Indigenenbewegung⁵² (Gutiérrez-Sanín 2006; Wolff 2004: sehr niedrige Akzeptanz und Performanz; sehr niedrige Dauerhaftigkeit). Diese Situation kulminierte 2000 in einem Kurzputsch von Offizieren und dem Dachverband der Indigenenbewegung. Die nationalistische Grundstimmung der Bevölkerung in Bezug auf den Konflikt zwischen Ecuador und Peru hatte aber in beiden Ländern während der neunziger Jahre eher abgenommen. Die Mobilisierung um den kurzen Krieg 1995 war viel geringer als in den ersten beiden untersuchten Phasen und die Meinung zum Konflikt hatte sich in der Bevölkerung in Richtung positiverer Einstellungen zum Nachbarland und zu einer Lösung des Konflikts verändert, trotz aggressiverer Strategien von Seiten der Oppositionen während des Friedensprozess (Toche 1998: 58, 64; Mares 1999: 175-177, 180).

Die instabile Situation, gekennzeichnet durch regionale Streiks und Proteste sowie geringe Regierungsstabilität, jedoch moderat erfolgreiche Reformpolitik (McClintock 2006: 97; Orias Arredondo 2005: 79), verbesserte sich in Peru in der vierten Phase nach 2000 nur leicht (niedrige Akzeptanz; leicht gestiegene Dauerhaftigkeit und Performanz). In Ecuador veränderte sich das Niveau kaum. Kein Präsident konnte seine Amtszeit erfüllen, massive Proteste lähmten das öffentliche Leben, Exekutive und Legislative verharren im dauerhaften *deadlock* (Wolff 2004: 32 f; Langer 2005: weiterhin sehr niedrige Akzeptanz und Performanz, sehr niedrige Dauerhaftigkeit). Die Kooperativität zwischen beiden Ländern aber nahm zu, trotz dieser insbesondere in Ecuador chaotischen Zustände.

51 García Calderon (2001: 48); Orias Arredondo (2005: 72); Degregori (2003: 234); Levitsky (1999: 82-84).

52 Diese nahm eine sehr zwiespältige Rolle ein: zum einen demokratisierende Kraft, zum anderen destabilisierendes Moment durch Anti-System-Proteste (Wolff 2004).

Tabelle 3: Institutionenstabilität und nationalistische Mobilisation (Phasen starker Instabilität in einem der beiden Länder grau unterlegt)

	Demokratisierung beider Staaten			Erste Demokratische Dyade			Gemischte Dyade			Zweite Demokratische Dyade		
	Dauerhaftigkeit	Institutionenakzeptanz	Institutionenperformanz	Dauerhaftigkeit	Institutionenakzeptanz	Institutionenperformanz	Dauerhaftigkeit	Institutionenakzeptanz	Institutionenperformanz	Dauerhaftigkeit	Institutionenakzeptanz	Institutionenperformanz
Instabilität Ecuadors	-/+	-/+	-/+	-/+	-/+ (abn.)	-/+ (abn.)	-	-	-	-	-	-
Instabilität Perus	-/+	-	-	-/+	-	-	-/+	-/+ (abn.)	-/+ (abn.)	-/+	-	-/+
Auftreten starker Nat. Mobilisation	+			+								

Institutionelle Instabilität kann also sowohl zu konfliktivem als auch zu kooperativem Verhalten führen. In der unsicheren Situation nach der Demokratisierungsphase kamen in beiden Ländern der Nationalismus der Bevölkerung und das Interesse der Regierung an der Kanalisierung des Unmuts zusammen und führte zu aggressivem Außenverhalten (Rudolph: 1992: 85). Gleichzeitig ist es möglich, dass Regierungen aus der eigenen Schwacheposition heraus eine Annäherung zu den Nachbarländern suchen. Die chaotische politische Situation zu Beginn der neunziger Jahre in Peru sieht Beth Simmons (1999) darum als Grund für eine außenpolitische Neuorientierung Fujimoris vor dem Putsch 1992. Angesichts der innenpolitischen Schwäche war eine Eskalation des Konflikts mit Ecuador eine ernsthafte Bedrohung, die es zu kontrollieren galt (Simmons 1999: 11). In den neunziger Jahren führten Instabilitäten, insbesondere in Ecuador, zwar zu Verzögerungen bei der Wiederannäherung im Friedensprozess nach dem kurzen Krieg 1995, sie änderten jedoch nichts an der Absicht der beiden Regierungen, den Konflikt zu lösen (Herz/Nogueira 2002: 72). Ebenso konnte die starke Instabilität Ecuadors die Kooperation beider Länder in der zweiten demokratischen Dyade nicht zerstören. Gleichzeitig hatte die nationalistische Mobilisierung der Bevölkerung seit Beginn der neunziger Jahre abgenommen.

Nicht Instabilität der Institutionen an sich, sondern die Kombination mit einer nationalistischen Grundstimmung bei Bevölkerung und politischen Eliten in Ecuador und Peru unterstützte also während des Demokratisierungsprozess den Konflikt.

Während Instabilitäten zu Beginn der achtziger Jahre ein aggressiveres Außenverhalten bestärkten, galt dies ab den Neunzigern nicht mehr. Die Einstellung der Bevölkerung zum Konflikt hatte sich verändert und auch politische Eliten suchten stärker den Dialog. Auch wenn die Eskalation in einen kurzen Krieg 1995 diese Annäherung in Frage stellte, schien der Rückgriff auf Nationalismus als zentrale Machtstrategie trotz institutioneller Instabilität in beiden Ländern nicht mehr erfolgsversprechend.

Die empirische Überprüfung legt nahe, dass die Wirkungsrichtung der Variable Institutionenstabilität von den vorherrschenden Präferenzen (von sowohl Eliten als auch Bevölkerung) abhängt, die im Falle Ecuador-Perus einem Veränderungsprozess unterlagen. Deutlich wird ebenfalls, dass nicht allein Eliten durch nationalistische Führungsstrategien aggressive Interaktion hervorrufen, wie von Mansfield und Snyder behauptet. Eine Resonanz bei der Bevölkerung war nötig, die vorrangig in den ersten beiden Dyaden gegeben war. Das Auftreten nationalistischer Einstellungen ist also relativ unabhängig von der Variable Institutionenstabilität zu untersuchen.

8. *Missing Links: Regionale Diskurse und zivilgesellschaftliche Normunternehmer*

Es scheint, dass keine der oben untersuchten Variablen eine Veränderung der Konfliktivität zwischen Ecuador und Peru erklären kann, ohne dass die Präferenz- und Normenentwicklung in beiden Ländern (unabhängig von einer reinen Demokratie/Nicht-Demokratie-Zuordnung) in den Blick genommen wird. Hier liegt Potenzial, die Wirkungsrichtung von konstruktivistischen und institutionalistischen Ansätzen erklären zu können und die Theorielücke bei der Erklärung des Beginns besonders friedlicher Interaktion zu verkleinern. Die parallelen Präferenzveränderungen zu dem Außenverhalten beider Staaten weisen darauf hin, dass es sich nicht um einen vollständig innergesellschaftlichen Veränderungsprozess handelte, sondern offenbar regionale und transnationale Einflüsse eine wichtige Rolle spielten.

Anhaltspunkte für einen Wandel in den regionalen Diskursen finden sich in der Tat in den neunziger Jahren. Dort ist ein allgemeiner Einstellungswandel in Bezug auf die Form wirtschaftlicher Integration und damit außenpolitischer Kooperation festzumachen.⁵³

»The renewed popularity of integrationist schemes made plausible certain theories based on an interdependent liberalism, which assumes that the growing connections between economies and civil societies help to transcend territorial boundaries« (Bustamante 1998: 12).

Eine starke Rolle spielten hier die USA, die nach dem Ende des Kalten Krieges in Lateinamerika eine neue Rolle als »positiver Hegemon« suchten (Klepak 1998: 80; López Contreras 2004: Kap. I). Aber auch die weitgehende Redemokratisierung La-

53 Eine diskursanalytische Aufarbeitung dieser Veränderungen und die Verbindung von regionalem und nationalem Diskurs wäre wohl das richtige Instrument zur Erweiterung dieser Studie. Allein eine erste Sammlung von Indizien zur Entwicklung von außenpolitischen Diskursen in Lateinamerika soll an dieser Stelle plausibel machen, warum deren Einbeziehung in die Forschung zum Demokratischen Frieden vielversprechend erscheint.

teinamerikas und die Gründung des Mercosurs durch Argentinien und Brasilien stimmten positiv in Bezug auf lateinamerikanische Zusammenarbeit (Deustua 2004: 214). Als Folge des ersten Amerika-Gipfels in Miami 1994, inhaltlich geprägt durch regionalen Freihandel, kooperative Sicherheit und ein Bekenntnis zur Demokratie (Carranza 2002: 179; Herz/Nogueira 2002: 69 f), sprechen Autoren auch von einem »spirit of Miami« (Klepak 1998: 80). Wirtschaftlich und außenpolitisch bestimmt, war der Diskurs also trotzdem eng mit dem Begriff der Demokratie verwoben. Territoriale Grenzkonflikte galten als veraltet und als Stolpersteine auf dem Weg zum wirtschaftlichen Wachstum. Auch bei den Garantestaaten veränderten sich die Interessen und Wahrnehmungen. Alle vier Staaten fürchteten eine neue Destabilisierung der Region durch die Eskalation des Konfliktes zwischen Ecuador und Peru und wünschten stärkere regionale wirtschaftliche Integration (Carranza 2002: 179; Simmons 1999: 20-21).

Dieses neue Leitbild stellte den nationalistisch-geopolitischen Diskurs in Frage, der, unterlegt von tief geprägten nationalen Identitäten, in Lateinamerika in den siebziger und achtziger Jahren insbesondere bei den Streitkräften *en vogue* war; dies, obwohl rhetorisch in der Region immer auf regionale Normen und Völkerrecht verwiesen wurde. Diese Denkmuster verloren in Ecuador und Peru nach den Redemokratisierungen zunächst kaum an Wirkung (Child 1985: 4-6). In den neunziger Jahre ist aber zumindest für Ecuador in Bezug auf den Konflikt der beiden Staaten ein Umdenken festzumachen, das sich argumentativ stark auf die regionalen Veränderungen und insbesondere wirtschaftliche Verluste durch den Konflikt bezieht (Endara 2003: 59, 66, 70). Die Ideen eines regionalen demokratischen Friedens und wirtschaftlicher Prosperität durch Integration fanden vermehrt Anklang.

Diese Verbindung aus regionalem Diskurswechsel hin zu einem offeneren Wirtschaftsmodell mit einer Demokratisierungswelle in Lateinamerika deutet auf eine systemische Komponente kooperativer Interaktion (Cederman 2001; dazu auch Huntley 1996; Mitchell et al. 1999) hin. Lars-Erik Cederman argumentiert, dass die Zahl der zwischenstaatlichen Konflikte und Kriege seit dem 19. Jahrhundert mit zunehmender Demokratisierung von Staaten relativ kontinuierlich abgenommen habe. Es zeige sich ein dynamischer dialektischer Lernprozess in Bezug auf zwischenstaatliche Beziehungen, nicht nur zwischen demokratischen Dyaden, sondern in geringerem Maße auch zwischen anderen Dyadentypen. Zu erwarten sei also eine stetige Entwicklung in Richtung kooperativeren Verhaltens.⁵⁴ Offen bleibt jedoch, wie solche Lernprozesse angestoßen werden und wie sie ablaufen, obwohl dies als der zentrale Schlüssel zum Verständnis des Beginns kooperativen Verhaltens erscheint.

Gerade zivilgesellschaftliche Akteure scheinen auf der transnationalen Ebene zentral an der Übersetzung dieses regionalen Diskurses beteiligt gewesen zu sein. Während der transnationale Austausch – politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich – bis in die neunziger Jahre hinein fast nicht existent war (Bonilla: 1999: 72 f), begann hier ein Veränderungsprozess. Angestoßen durch verstärkte zivilgesellschaftliche

54 Kritisch an diesem Ansatz ist anzumerken, dass er veränderte Formen des Konflikts und des Krieges (innerstaatlich oder extrastaatlich) nicht bedenkt.

Vernetzung (insbesondere durch Unternehmerorganisationen) im Laufe der neunziger Jahre entstand auf Grundlage der 1998 abgeschlossenen Friedensverträge ein engeres Netz gesellschaftlichen und politischen Austausches. Es wuchs eine Vielzahl staatlicher und zivilgesellschaftlicher Kommissionen, Organisationen und Foren zwischen den beiden Ländern. Tageszeitungen in beiden Ländern entwickelten einen *code of conduct* gegen konfrontative und nationalistische Berichterstattung (García Gallegos 1999: 205). Gerade die Zivilgesellschaften hatten ein Interesse, den »neuen Frieden« durch Vernetzung und Institutionenbildung zu sichern.⁵⁵ Diese Entwicklung stimmt mit der Abnahme nationalistischer Mobilisation in den neunziger Jahren überein (s. Abschnitt 7.3). Diese Ebene überschreitet zum einen den eher formalen Fokus des Ansatzes zu interdemokratischer Integration auf zwischenstaatliche Institutionen statt auf transnationale Interaktion, sie weist zum anderen darauf hin, dass sich in beiden Ländern aktive zivilgesellschaftliche Akteure des Normwandels finden, die eventuell eine Präferenzänderung bei Bevölkerung und politischen Eliten vorange- trieben haben (zu Normunternehmern klassisch Keck/Sikkink 1998).

Die systemische und regionale Ebene als Diskursraum um angemessenes Außenverhalten sollte darum in der Tat neu überdacht werden. Jedoch scheint allein der Fakt eines sich demokratisierenden Lateinamerikas nicht zwangsläufig zu einer friedlichen Region zu führen. Der regionale Diskurs über Integration hat sich in den letzten Jahren nach Wirtschaftskrisen und Scheitern der Austeritätspolitik stark hin zu einem Post-Washington-Konsensus und einer neuen Distanz zu den USA entwickelt. Die »neue Linke« und der Diskurs um Energiesicherheit haben die Rollenverhältnisse zwischen den lateinamerikanischen Staaten verschoben. Bilaterale Spannungen zwischen lateinamerikanischen *enduring rivalries* blieben bestehen oder entwickelten sich neu. Die Beziehungen Ecuadors und Perus vertieften sich jedoch weiter. Die Lösung des Konflikts gelang in der positiven regionalen Grundstimmung der neunziger Jahre. Die Vertiefung der Beziehungen war basierend auf dieser Verständigung auch nach einer erneuten Trübung der Stimmung möglich.

Dieser kurze Überblick deutet darauf hin, dass mögliche Diskurswandel, hervorgerufen durch politische und zivilgesellschaftliche Normunternehmer (regional wie national), einbezogen werden sollten, um Entwicklungen im Konfliktverhalten von Dyaden zu beschreiben. Regionale Diskurse werden nicht eins zu eins übersetzt, aber rezipiert und in Vorstellungen über das »eigene Land und dessen tatsächliche bzw. wünschenswerte Rolle im internationalen System« (Birle 2006: 311) reflektiert. Die Interpretationen können durchaus vielfältig sein. Für lateinamerikanische Beispiele wäre es darum interessant zu untersuchen, wie und warum sich solche Diskurse über legitimes Außenverhalten verändert haben und damit ein Wandel im Rollenverständnis sowie kooperatives Außenverhalten entstand. Eine mögliche These wäre: Je kooperativer ausgerichtet der regionale Diskurs über angemessenes Außenverhalten, je stärker die Verbreitung dieses Diskurses durch regionale und lokale Normunternehmer und je ausgeprägter die Wahrnehmung des Gegners als gebunden durch ein ähn-

55 Herz/Nogueira (2002: 70, 78); García Gallegos (1999: 204 f); Bonilla/Moreano (2004: 103 f).

liches Rollenverständnis, umso höher die Chance für die Grundlegung friedlichen Verhaltens. Es gilt also, Diskurse angemessenen Außenverhaltens darauf hin zu analysieren, wie kooperativ beziehungsweise konfliktiv sie ausgerichtet sind und wann sie einem Wandel unterliegen. Im Fall Ecuador-Peru waren diese Diskurse zum Teil eng mit der Idee der Demokratie verwoben; sie sind aber generell nicht zwangsläufig abhängig von existierenden politischen Regimen.⁵⁶

Eine weitere zu untersuchende These wäre, dass Gründe für den Beginn friedlichen Verhaltens sich von Gründen für die Verstärkung besonders kooperativer Beziehungen unterscheiden (siehe auch Kacowicz/Bar-Siman-Tov 2000: 24-35). So brachte die integrative Stimmung der neunziger Jahre auch eine Annäherung Chiles und des anokratischen Perus aufgrund ähnlicher liberal-wirtschaftlicher Ausrichtung sowie Boliviens und Chiles. Während die erste Beziehung inzwischen institutionell auch recht gefestigt ist, geriet die Annäherung Boliviens und Chiles nach erneuter stark nationalistischer Rhetorik vonseiten des instabilen Boliviens in Gefahr (Deustua 2004: 213 f). Für die Stabilisierung und besondere Kontinuität friedlicher Beziehungen könnten also wiederum durchaus konsolidierte demokratische Institutionen und andere Attribute demokratischer Regime eine Rolle spielen.

9. Diskursive Einbettung des (Demokratischen) Friedens

Die Frage, welche Mechanismen beim Durchlauf unterschiedlicher Regimekonstellationen dazu führen, dass besonders kooperative Interaktion zwischen zwei Staaten entsteht, benötigt für den Fall Ecuador und Peru komplexere Modelle, als sie die klassischen Ansätze zum Demokratischen Frieden auf monadischer und dyadischer Ebene anbieten. Institutionelle Schranken und Kosten-Nutzen-Kalküle spielen kaum eine Rolle, konstruktivistische Ansätze haben Probleme, die fehlende *In-Group*-Bildung nach der ersten Demokratisierung und die Annäherung in der gemischten Dyade zu erfassen. Doch auch die Berücksichtigung interdemokratischer Institutionen kann das Entstehen besonders kooperativer Beziehungen kaum erklären. Unstimmigkeiten bei der Wirkungsrichtung treten auf und der vorausgesagte Drang zur Verregelung nach der ersten Demokratisierung bleibt aus. Durch Institutionenstabilität wiederum lässt sich nur in Kombination mit nationalistischen Führungsstrategien die Verbindung von Instabilität und Konflikt erfassen. Eine entsprechende Resonanz für solche Strategien nimmt jedoch in den neunziger Jahren ab und der Weg für eine Annäherung wird trotz starker institutioneller Instabilitäten frei. Ohne Einbeziehung von regiona-

56 Ein komplexes Beispiel böte die enduring rivalry Argentinien und Brasilien. Hier brachte die Demokratisierung beider Länder in den achtziger Jahren das Gefühl eines noch schwachen demokratischen Projekts, das es gegen alte militärische Eliten zu sichern galt, und das gemeinsame Ziel der Ablösung von geopolitischen militärischen Vorstellungen (Hurrell 1998; Hasenclever/Weiffen 2006: 580-582); also einen Präferenzwechsel durch neue demokratische Eliten gegen den regionalen Diskurs. Weitere Integrationsbestrebungen im Mercosur-Projekt fielen dann mit dem Diskurs des »New Regionalism« in den neunziger Jahren zusammen. Argentinien interpretierte seine Rolle dabei aber sehr viel radikaler um als Brasilien (Birle 2006).

len und nationalen Präferenz- und Diskurswandel und die damit verbundene Rolle von Normunternehmern lässt sich diese Entwicklung nicht erklären.

Es erscheint darum zentral, sich den Blick auf Erklärungen friedlichen Verhaltens zweier Staaten nicht durch die angenommene Dichotomie Demokratie/Nicht-Demokratie verstellen zu lassen. Obwohl der Diskurs um (liberale) Demokratie in diesem Fall eng mit friedlichen Beziehungen verbunden ist, sind es nicht immer die Attribute demokratischer Regime, die friedliche Interaktion hervorrufen. Darum gilt es, die Veränderung von Diskursen über angemessenes Außenverhalten vertikal und über Regimewechsel hinaus zu beobachten. So kann ein eher geopolitisch-nationalistisch geprägtes Verständnis von Außenpolitik auch nach einer Demokratisierung bestehen bleiben. Ebenso kann auch in einer gemischten Dyade der Grundstein für besonders kooperative Interaktion gelegt werden, wenn externe Zuschreibung und innergesellschaftliche Diskurse sich verändern.

Literatur

- Avery, William P. 1984: Origins and Consequences of the Border Dispute between Ecuador and Peru, in: *Inter-American Economic Affairs* 38: 1, 65-77.
- Barrios, Raúl 1999: Comunidad Andina de Naciones. Desafíos políticos y percepciones de la sociedad, La Paz.
- Barkawi, Tarak/Laffey, Mark 2001: Introduction: The International Relations of Democracy, Liberalism, and War, in: Barkawi, Tarak/Laffey, Mark (Hrsg.): *Democracy, Liberalism, and War. Rethinking the Democratic Peace Debate*, Boulder, CO, 1-24.
- Bennett, Scott/Stam, Allan C. 2004: *The Behavioral Origins of War*, Ann Arbor, MI.
- Birle, Peter 2006: Von Rivalen zu strategischen Partnern? Selbst- und Fremdbilder in den bilateralen Beziehungen zwischen Argentinien und Brasilien, in: Birle, Peter/Nolte, Detlef/Sangmeister, Hartmut (Hrsg.): *Demokratie und Entwicklung in Lateinamerika*. Für Klaus Bodemer zum 65. Geburtstag, Frankfurt a. M., 311-339.
- Bonacker, Thorsten/Imbusch, Peter 2005: Zentrale Begriffe der Friedens- und Konfliktforschung: Konflikt, Gewalt, Krieg, Frieden, in: Imbusch, Peter/Zoll, Ralf (Hrsg.): *Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung*, Wiesbaden, 69-144.
- Bonilla, Adrián 1996: Proceso político e intereses nacionales en el conflicto Ecuador-Perú, in: *Nueva Sociedad* 143, 30-40.
- Bonilla, Adrián 1999: The Ecuador-Peru Dispute: The Limits and Prospects for Negotiation and Conflict, in: Marcella, Gabriel/Downes, Richard (Hrsg.): *Security Cooperation in the Western Hemisphere: Resolving the Ecuador-Peru Conflict*, Coral Gables, FL, 67-90.
- Bonilla, Adrián/Moreno, Hernán 2004: Conflicto internacional y prevención en los Andes, in: *Pensamiento Propio* 20, 99-134.
- Boulding, Kenneth 1978: *Stable Peace*, Austin, TX.
- Bremer, Stuart A. 1993: Democracy and Militarized Interstate Conflict, 1816-1965, in: *International Interactions* 18: 3, 231-249.
- Bueno de Mesquita, Bruce/Morrow, James D./Siverson Randolph M./Smith, Alastair 1999: An Institutional Explanation of the Democratic Peace, in: *American Political Science Review* 93: 4, 791-807.
- Bueno de Mesquita, Bruce 2003: *The Logic of Political Survival*, Cambridge, MA.
- Burgos, Hernando 1995: La nueva diplomacia de Palacio Pizarro: de la luna de miel a la luna de hiel, in: *Quehacer* 93, 16-21.

- Bustamante, Fernando 1998: The Question of Confidence Building Measures in the Andean Subregion, in: Tulchin, Joseph S./Rojas Aravena, Francisco/Espach, Ralph (Hrsg.): Strategic Balance and Confidence Building Measures in the Americas, Stanford, CA, 9-22.
- Carranza B., José Antonio 2002: Relaciones bilaterales Ecuador y Perú: una propuesta de agenda de política exterior, in: Bonilla, Adrián (Hrsg.): Orfeo en el infierno. Una agenda de política exterior ecuatoriana, Quito, 137-229.
- Cederman, Lars-Erik 2001: Back to Kant: Reinterpreting the Democratic Peace as a Macrohistorical Learning Process, in: American Political Science Review 95: 1, 15-31.
- Child, Jack 1985: Geopolitics and Conflict in South America: Quarrels Among Neighbors, New York, NY.
- Chojnacki, Sven 2006: Democratic Wars and Military Interventions, 1946-2002: the Monadic Level Reconsidered, in: Geis, Anna/Brock, Lothar/Müller, Harald (Hrsg.): Democratic Wars: Looking at the Dark Side of Democratic Peace, Houndmills, 13-37.
- Degregori, Carlos Uván 2003: Peru: The Vanishing of a Regime and the Challenge of Democratic Rebuilding, in: Domínguez, Jorge I./Shifter, Michael (Hrsg.): Constructing Democratic Governance in Latin America, 2. Auflage, Baltimore, MD, 220-243.
- Dembinski, Matthias/Hasenclever, Andreas/Wagner, Wolfgang 2004: Towards an Executive Peace? The Ambivalent Effects of Inter-democratic Institutions on Democracy, Peace, and War, in: International Politics 41: 4, 543-564.
- Deustua, Alejandro 2004: Perú, Bolivia y Chile: por una nueva relación trilateral, in: Revista de Ciencia Política 24: 2, 212-227.
- Elman, Miriam Fendius 1997 a: The Need for a Qualitative Test of the Democratic Peace Theory, in: Elman, Miriam Fendius (Hrsg.): Paths to Peace: Is Democracy the Answer, Cambridge, MA, 1-58.
- Elman, Miriam Fendius 1997 b: Conclusion: Testing the Democratic Peace Theory, in: Elman, Miriam Fendius (Hrsg.): Paths to Peace: Is Democracy the Answer, Cambridge, MA, 436-506.
- Endara Tomaselli, Lourdes 2003: »¡Ay, patria mía!« La nación ecuatoriana en el discurso de la prensa, Quito.
- Enterline, Andrew 1998: Regime Change and Interstate Conflict, 1816-1992, in: Political Research Quarterly 51: 2, 385-409.
- García Calderon, Ernesto 2001: Peru's Decade of Living Dangerously: High Anxiety in the Andes, in: Journal of Democracy 12: 2, 48-58.
- García Gallegos, Bertha 1999: New Perspectives on Using Diplomacy for the Resolution of the Ecuador-Peru Conflict, in: Marcella, Gabriel/Downes, Richard (Hrsg.): Security Cooperation in the Western Hemisphere: Resolving the Ecuador-Peru Conflict, Coral Gables, FL, 195-211.
- George, Alexander 2000: Foreword, in: Kacowicz, Arie M./Bar-Siman-Tov, Yaacov/Elgström, Ole/Jeineck, Magnus (Hrsg.): Stable Peace among Nations, Lanham, MD, xi-xviii.
- Gleditsch, Kristian S./Ward, Michael D. 2000: War and Peace in Space and Time: The Role of Democratization, in: International Studies Quarterly 44: 1, 1-29.
- Goertz, Gary/Diehl, Paul 1993: Enduring Rivalries: Theoretical Constructs and Empirical Patterns, in: International Studies Quarterly 37: 2, 147-171.
- Goldsmith, Benjamin E. 2006: A Universal Proposition? Region, Conflict, War and the Robustness of the Kantian Peace, in: European Journal of International Relations 12: 4, S. 533-563.
- Goldstone, Jack A./Bates, Robert H./Gurr, Ted Robert/Lustik, Michael/Marshall, Monty G./Ulfelder, Jay/Woodward, Mark 2005: A Global Forecasting Model of Political Instability, Political Instability Task Force (American Political Science Association, Washington, DC, 01.-4.9.2005), in: <http://globalpolicy.gmu.edu/pitf/PITFglobal.pdf>; 9.3.2009.
- Gorman, Stephen M. 1982: Geopolitics and Peruvian Foreign Policy, in: Inter-American Economic Affairs 36: 2, 65-88.

- Gorman, Stephen/St. John, Ronald Bruce 1982: Challenges to Peruvian Foreign Policy, in: Gorman, Stephen M. (Hrsg.): Post-Revolutionary Peru: The Politics of Transformation, Boulder, CO, 179-196.
- Guáqueta, Alexandra/Peña, Paula 2005: ¿Qué pasa en la región andina? Dilemas y retos de seguridad, in: Nueva Sociedad, 198, 145-157.
- Gutiérrez-Sanín, Francisco 2006: Checks and Imbalances: Problems with Congress in Colombia and Ecuador, 1978-2003, in: Drake, Paul W./Hershberg, Eric (Hrsg.) State and Society in Conflict. Comparative Perspectives on the Andean Crises, Pittsburgh, PA, 257-287.
- Hasenclever, Andreas 2002: The Democratic Peace meets International Institutions. Überlegungen zur internationalen Organisation des Demokratischen Friedens, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 9: 1, 75-111.
- Hasenclever, Andreas/Weiffen, Brigitte 2006: International Institutions are the Key: A New Perspective on the Democratic Peace, in: Review of International Studies 32: 4, 563-585.
- Henderson, Errol/David Singer 2000: Civil War in the Post-Colonial World, 1946-1992, in: Journal of Peace Research 37: 3, 275-299.
- Hegre, Havard/Ellingsen, Tanja/Gates, Scott/Gleditsch, Nils Petter 2001: Towards a Democratic Civil Peace? Democracy, Political Change, and Civil War, 1816-1992, in: American Political Science Review 95: 1, 33-48.
- Herz, Monica/Nogueira, João Pontes 2002: Ecuador vs. Peru. Peacemaking amid Rivalry, International Peace Academy, Boulder, CO.
- Huntington, Samuel P. 1968: Political Order in Changing Societies, New Haven, CT.
- Huntley, Wade L. 1996 Kant's Third Image: Systemic Sources of the Liberal Peace, in: International Studies Quarterly 40:1, 45-76.
- Hurrell, Andrew 1998: An Emerging Security Community in South America?, in: Adler, Emanuel/Barnett, Michael (Hrsg.): Security Communities, Cambridge, 228-264.
- IRELA, Instituto de Relaciones Europeo-Latinoamericanas 1999: Tres décadas de integración andina: logros y nuevos retos, Dossier 69, Madrid.
- Isaacs, Anita 1993: Military Rule and Transition in Ecuador, 1972-92, Houndmills.
- Kacowicz, Arie M./Bar-Siman-Tov, Yaacov 2000: Stable Peace: A Conceptual Framework, in: Kacowicz, Arie M./Bar-Siman-Tov, Yaacov/Elgström, Ole/Jerneck, Magnus (Hrsg.): Stable Peace among Nations, Lanham, MD, 11-35.
- Kacowicz, Arie M. 2005: The Impact of Norms in International Society: The Latin American Experience, 1881-2001, Notre Dame, IN.
- Kahl, Colin 1999: Constructing a Separate Peace: Constructivism, Collective Liberal Identity, and Democratic Peace, in: Security Studies 8: 2, 94-144.
- Keck, Margaret E./Sikkink, Kathryn 1998: Activists Beyond Borders. Advocacy Networks in International Politics, Ithaca, NY.
- Klepak, Hal P. 1996: From Territorial and Jurisdictional Disputes to Narcotrafficking: The Confidence-Building and Verification Agenda for Latin American, in: Beier, Marshall/Mataija, Steven (Hrsg.): Verification, Compliance and Confidence-Building: The Global and Regional Interface, Toronto, 105-118.
- Klepak, Hal P. 1998: Confidence Building Sidestepped: The Peru-Ecuador Conflict of 1995, Toronto.
- Kozhemiakin, Alexander V. 1998: Expanding the Zone of Peace, Houndmills.
- Langer, Michael 2005: Ecuador am Scheideweg. Von der Dauerkrise zum politischen Neubeginn (Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, FES, 19.5.2005), Bonn.
- Lauth, Hans Joachim 2004: Demokratie und Demokratiemessung. Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich, Wiesbaden.
- Levitsky Steven 1999: Fujimori and Post-Party Politics in Peru, in: Journal of Democracy 10: 3, 78-92.
- Levy, Jack S. 1998: The Causes of War and the Conditions of Peace, in: Annual Review of Political Science 92: 1, 139-165.

- Levy, Jack S. 2002: War and Peace, in: Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons, Beth A. (Hrsg.): Handbook of International Relations, London, 350-368.
- Lipson, Charles 2003: Reliable Partners: How Democracies Have Made a Separate Peace, Princeton, NJ.
- Linz, Juan/Stepan, Alfred 1996: Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe, Baltimore, MD.
- López Contreras, Jimmy 2004: Ecuador – Perú: Antagonismo, negociación e intereses nacionales, Quito.
- MacMillan, John 2003: Beyond the Separate Peace: Review Essay, in: Journal of Peace Research 40: 2, 233-243.
- Mansfield, Edward/Snyder, Jack 1995: Democratization and the Danger of War, in: International Security 20: 1, 5-38.
- Mansfield, Edward/Snyder, Jack 2002 a: Incomplete Democratization and the Outbreak of Dispute, in: International Studies Quarterly 46: 3, 529-549.
- Mansfield, Edward/Snyder, Jack 2002 b: Democratic Transition, Institutional Strength, and War. in: International Organization 56: 2, 297-337.
- Mansfield, Edward/Snyder, Jack 2004: Electing to Fight: Why Emerging Democracies Go to War, Cambridge, MA.
- Maoz, Zeev/Russett, Bruce 1992: Alliances, Contiguity, Wealth, and Political Stability: Is the Lack of Conflict among Democracies a Political Artefact? in: International Interactions 17: 4, 245-267.
- Mares, David 1996/97: Deterrence Bargaining in the Ecuador-Peru Enduring Rivalry: Designing Strategies Around Military Weakness, in: Security Studies 6: 2, 91-123.
- Mares, David 1999: Political-Military Coordination in the Conflict Resolution Process: The Challenge for Ecuador, in: Marcella, Gabriel/Downes, Richard (Hrsg.): Security Cooperation in the Western Hemisphere: Resolving the Ecuador-Peru Conflict, Coral Gables, FL, 173-194.
- Mares, David 2001: Violent Peace: Militarized Interstate Bargaining in Latin America, New York, NY.
- McClintock, Cynthia 2006: An Unlikely Comeback in Peru, in: Journal of Democracy 17: 4, 95-109.
- Mena, Paúl 2001: Paz, tres años entre dilatorias y espera, in: Diario Hoy, 26.10.2001, in: www.explored.com.ec; 10.9.2008.
- Merkel, Wolfgang 1999: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformation, Opladen.
- Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Croissant, Aurel/Eicher, Claudia/Thiery, Peter (2003): Defekte Demokratien: Theorien und Probleme, Band 1, Opladen.
- Minkner-Bünjer, Mechthild 2004: Comunidad Andina: Wie steht es um die wirtschaftliche Integration der Andenländer? in: Brennpunkt Lateinamerika 22, 237-248.
- Ministerio de Defensa Nacional de la República Ecuador 2002: Ecuador. Libro Blanco de la Defensa, in: <http://www.resdal.org/Archivo/d00001a4.htm>; 20.8.2008.
- Ministerio de Defensa del Perú 2005: Libro Blanco de la defensa nacional, in: <http://www.min-def.gob.pe/>; 7.9.2007.
- Mitchell, Sara McLathglin/Gates, Scott/Hegre, Håvard 1999: Evolution in Democracy-War Dynamics, in: Journal of Conflict Resolution 43: 6, 771-792.
- Müller, Harald 2004: The Antinomy of Democratic Peace, in: International Politics 41: 4, 494-520.
- Müller, Harald/Wolff, Jonas 2006: Democratic Peace: Many Data, Little Explanation? in: Geis, Anna/Brock, Lothar/Müller, Harald (Hrsg.): Democratic Wars: Looking at the Dark Side of Democratic Peace, Houndmills, 41-73.
- Nielebock, Thomas 2004: Der Friede zwischen den Demokratien: Friede den Palästen, Krieg den Hütten? in: Rittberger, Volker (Hrsg.): Weltpolitik heute. Grundlagen und Perspektiven, Baden-Baden, 165-192.

- Oneal, John R./Russett, Bruce M. 1997: The Classical Liberals Were Right: Democracy, Interdependence, and Conflict, 1950-1985, in: *International Studies Quarterly* 41: 2, 267-293.
- Oneal, John R./Russett, Bruce/Beerbaum, Michael L. 2003: Causes of Peace: Democracy, Interdependence, and International Organizations, 1885-1992, in: *International Studies* 47: 3, 371-393.
- Orias Arredondo, Ramiro 2005: Peru: The Trauma of Postdemocratic Consolidation, in: Crandall, Russell/Paz, Guadalupe/Roett, Riordan (Hrsg.): *The Andes in Focus. Security, Democracy & Economic Reform*, Boulder, CO, 67-89.
- Pallares, Martin 1991: Cautela y esperanza, in: *Diario Hoy*, 2.12.1991, A-4.
- Palmer, David Scott 1997: Peru-Ecuador Border Conflict: Missed Opportunities, Misplaced Nationalism, and Multilateral Peacekeeping, in: *Journal of Interamerican Studies & World Affairs* 39: 3, 109-149.
- Palmer, David Scott 1999: The Search for Conflict Resolution: The Guarantors and the Peace Process in the Ecuador-Peru Dispute, in: Marcella, Gabriel/Downes, Richard (Hrsg.): *Security Cooperation in the Western Hemisphere: Resolving the Ecuador-Peru Conflict*, Coral Gables, FL, 21-44.
- Pevehouse, Jon/Russett, Bruce 2006: Democratic International Governmental Organizations Promote Peace, in: *International Organization* 60: 4, 969-1000.
- Peceny, Mark/Butler, Christopher K. 2004: The Conflict Behavior of Authoritarian Regimes, in: *International Politics* 41: 4, 565-581.
- Ray, James Lee 1993: Wars between Democracies: Rare, or Nonexistent? in: *International Interactions* 18: 3, 251-276.
- Ray, James Lee 1998: Does Democracy Cause Peace, in: *Annual Review of Political Science* 92: 1, 27-46.
- Ray, James Lee 2000: Democracy. On the Level(s), Does Democracy Correlate with Peace? in: Vazquez, John A. (Hrsg.): *What Do We Know about War?*, Lanham, MD, 299-314.
- Reiter, Dan/Stam, Allan C. 1998: Democracy, War Initiation, and Victory, in: *American Political Science Review* 92: 2, 377-389.
- Rendall, Matthew 2004: The Sparta and the Athens of our Age at Daggers Drawn: Politics, Perceptions, and Peace, in: *International Politics* 41: 4, 582-604.
- Reynal-Querol, Marta 2002: Ethnicity, Political Systems, and Civil Wars, in: *Journal of Conflict Resolution* 46: 1, 29-54.
- Ripsman, Norris 2007: Peacemaking and Democratic Peace Theory: Public Opinion as an Obstacle to Peace in Post-Conflict Situations, in: *Democracy and Security* 3: 1, 89-113.
- Risse-Kappen, Thomas 1995: Democratic Peace – Warlike Democracies? A Social Constructivist Interpretation of the Liberal Argument, in: *European Journal of International Relations* 1: 4, 491-517.
- Rivera Vélez, Fredy/Ramírez Gallegos, Franklin 2005: Ecuador: Democracy and Economy in Crisis, in: Crandall, Russell/Paz, Guadalupe/Roett, Riordan (Hrsg.): *The Andes in Focus. Security, Democracy & Economic Reform*, Boulder, CO, 121- 149.
- Rudolph, James D. 1992: Peru. The Evolution of a Crisis, Westport, CT.
- Rousseau, David L. 2005: Democracy and War, Institutions, Norms, and the Evolution of International Conflict, Standford, CA.
- Rummel, Rudolph J. 1997: *Power Kills: Democracy as a Method of Nonviolence*, Edison, NJ.
- Russett, Bruce 1993: *Grasping the Democratic Peace, Principles for a Post-Cold World*, Princeton, NJ.
- Russett, Bruce/Oneal, John 2001: *Triangulating Peace: Democracy, Interdependence, and International Organizations*, New York, NY.
- Russett, Bruce 2006: Book Review. Electing to Fight: Why Emerging Democracies Go to War, in: *Political Science Quarterly* 121: 4, 701-703.
- Rustow, Dankwart 1970: Transitions to Democracy: Toward a Dynamic Model, in: *Comparative Politics* 2: 3, 337-363.

- Simmons, Beth A.* 1999: Territorial Disputes and their Resolution. The Case of Ecuador and Peru (Peaceworks 27), Washington, DC.
- Snyder, Jack* 2000: From Voting to Violence, New York, NY.
- Thompson, William R.* 2001: Identifying Rivals and Rivalries in World Politics, in: International Studies Quarterly 45: 4, 557- 586.
- Thompson, William R./Tucker, Richard* 1997: A Tale of Two Democratic Peace Critiques, in: Journal of Conflict Resolution 41: 3, 428- 454.
- Tirado Mejía, Alvaro* 1999: Integración y democracia en América Latina y el Caribe, Buenos Aires.
- Toche, Eduardo* 1998: El conflicto con Ecuador y la política interna, in: Toche, Eduardo/Ledema, Walter/Foy, Perre (Hrsg.): Perú-Ecuador: entre la guerra y la paz, Lima, 13- 50.
- Vasquez, John A.* 2000: Reexamining Steps to War: New Evidence and Theoretical Insights, in: Midlarsky, Manus I. (Hrsg.), Handbook of War Studies II, Ann Arbor, MI, 371-406.
- Verdesoto Custode, Luis* 2005: Instituciones y gobernabilidad en Ecuador. A un cuatro de siglo de democracia, Quito.
- Villanueva, Victor* 1982: Peru's »New« Military Professionalism: The Failure of the Technocratic Approach, in: Gorman, Stephen M. (Hrsg.): Post-Revolutionary Peru: The Politics of Transformation, Boulder, CO, 157-178.
- Waldrauch, Harald* 1996: Was heißt demokratische Konsolidierung? Über einige theoretische Konsequenzen der osteuropäischen Regimewechsel (Reihe Politikwissenschaft, Nr. 36, Institut für Höhere Studien), Wien.
- Ward, Michael/ Gleditsch, Kristian* 1998: Democratizing for Peace, in: American Political Science Review 92: 1, 51-61.
- Wolff, Jonas* 2004: Demokratisierung als Risiko der Demokratie? Die Krise der Politik in Bolivien und Ecuador und die Rolle der indigenen Bewegungen (HSFK-Report 6), Frankfurt a. M.
- Zimmermann, Lisbeth* 2007: Wann beginnt der Demokratische Frieden? Über den Einfluss von Regimewechselsn auf das Konfliktverhalten von Staaten am Beispiel der Dyade Ecuador und Peru (Freie Universität Berlin: Diplomarbeit), Berlin.